

Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der eingeschriebenen Hilfskassen der Metallarbeiter Nr. 20 und 89 zu Hamburg und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementspreis bei der Post 80 \mathcal{M} , in Partien direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Nürnberg, 17. Dezember 1892.

Inserate die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 \mathcal{M} Redaktion und Expedition: Nürnberg, Weizenstraße 12.

Aus den Jahresberichten der deutschen Zünfterkassen.

VI.

Das Bild, das wir aus den amtlichen Berichten über Zahl und Beschäftigung der Kinder und jugendlichen Arbeiter in der deutschen Großindustrie gewonnen haben, ist gewiß nach jeder Richtung ein trauriges; und der künftige Kulturhistoriker wird das Verdammungsurtheil über die heutige Gesellschaft schon dem Raube an Gesundheit und Leben begründet finden, der an der heranwachsenden Generation begangen wird, die in dem harten Frohdienst um alle Jugendlust und Jugendglück bestohlen wird. Und doch ist die Lage dieser jugendlichen Arbeiter, individuell betrachtet, noch verhältnismäßig glücklich zu nennen verglichen mit dem Grade der Ausbeutung und Mißhandlung, dem die jugendlichen Arbeiter in der Kleinindustrie, im Handwerk unterworfen sind. Jene sind durch die Betriebsart und ihre Zahl vor kleinlichen persönlichen Schikanen geschützt, im Gewerbebetrieb tritt zu der intensivsten Ausbeutung noch die persönliche Mißhandlung und Knechtung hinzu.

Es ist eine ständige Klage unserer in der Zünfterbewegung ihr wahres Gesicht zeigenden „Krüppelschützen“, das Handwerk gehe stetig zurück, weil die jungen Kräfte technisch nichts mehr taugen, die Jugend sel verrotzt und verwildert, wolle nichts mehr lernen. Sollte das besser werden, sollte das Handwerk wieder seine frühere Blüthe erreichen, müsse das Lehrlingswesen „geregelt“ werden. Was die Zünfter unter „Regelung“ verstehen, ist nämlich bekannt. Die an den Bundesrath zu Tausenden ergangenen Gesuche, nur Innungsmitgliedern das Halten von Lehrlingen, d. h. wohlfeilen Arbeitskräften, die ihnen die Konkurrenz mit den Nichtinnungsmitgliedern erleichtern sollen, zu gestatten, erweisen das übrigens zur Genüge.

Es ist hier nicht der Ort, die wirklichen Ursachen des Verfalls des Handwerks und den Windmühlkampf der deutschen Zünfterei darzulegen, wir wollen aus den amtlichen Jahresberichten der Gewerbeinspektoren nur den Nachweis erbringen, wie recht die Arbeiterpresse hat, wenn sie stets darauf hinweist, wie hinter diesen elegischen Klagen sich in der Regel nur die schwebende Habacht verberge, die auf Kosten der Lehrlinge durch schamlose Lehrlingszüchterei, langjährige Kontrakte, elende Entlohnung und lange Arbeitszeit den Kampf gegen den mit allen technischen und finanziellen Vortheilen ausgestatteten Großbetrieb führen wilf.

Hören wir also darüber die amtlichen Berichte:

„Die Wahrnehmung, daß Lehrlinge in einzelnen Betrieben in unverhältnismäßig großer Zahl beschäftigt werden, ist auch im Berichtsjahre wiederholt gemacht worden. Dies kommt nach dem Jahresbericht für den Bezirk Blauen namentlich in kleinen Maschinenereien vor.“

Aber auch in Maschinenwerkstätten!

Der Inspektor für Mittel- und Oberfranken klagt: „... Es finden sich immer solche kleine Betriebe, welche, um im Verkaufspreis gegen größere Geschäfte mit Erfolg bestehen zu können, lediglich mit Lehrlingen arbeiten und diese förmlich züchten; daher gehören vor Allem bestimmte Maschinenwerkstätten.“ Selber und freilich unterläßt es der Inspektor hier die Namen der „patriotischen“ Herren anzumageln. Auch der württembergische Inspektor (I) erhebt dieselbe Klage über „Betriebe der Maschinen- und Holzbranche.“ In dem lithographischen Gewerbe Mittelfrankens fand der Beamte die Lehrlingszahl bis zu 42 Prozent der Gesamtzahl der Beschäftigten aufsteigend; in der oberfränkischen Porzellanmalerei und Dreherei 25—50 Prozent der Gesamtzahl. Der obdenburgische Inspektor konstatiert bezüglich der Achatzschleiferei des Fürstenthums Birkenfeld: „Diese außer dem natürlichen Verhältniß hervortretende Vermehrung jugendlicher Kräfte wird nur damit zu erklären sein, daß sich einige Schleifer junge Gehilfen heranziehen, welche noch keine oder nur geringe Lohnzahlung beanspruchen können. Dabei wird aber das Erlernen einer Kunst weniger als das quantitative Schaffen geübt werden.“ — So skandalös sind diese Zustände, daß der Inspektor den Verdammungspruch fällen muß: „Die Schleifer-Zunftung hätte ihren Einfluß auf das Lehrlingswesen richten sollen, dieselbe scheint aber leider von den ihr zustehenden Rechten keinen Gebrauch machen zu wollen.“

Geradezu leibeiigene Zustände hat eine „große, etwas isolirt gelegene Maschinenfabrik des Ausschaltbezirks Pfalz“ eingeführt. „Jeder in die Fabrik eintretende Knabe wird bis zur Erreichung des militärdienstpflichtigen Alters als Lernender betrachtet.“ Von jedem Arbeitstage wird ihm eine Kaution von 3 \mathcal{M} abgezogen, die ihm zurückgehalten, anverwahrt wird, wenn er vor dem Militärjahr austritt oder wegen grober Vergehen entlassen wird. Er „darf“ an den „Vortheilen“ der Spar-, Vor- schuß- und Krankenkasse partizipiren, hat aber selbstverständlich kein Wahl- und Bestimmungsrecht.

Und dieses infame Feudalsystem, das den jugendlichen Arbeiter wie einen Verbrecher entrechtet und fesselt, nennt der Inspektor nur „außergewöhnlich“. In der That, eine außergewöhnliche Ausbeuterfreiheit, aber ganz modern gedacht: Aus der Schule in die Fabrik, dann in die „Ferienkolonie“, und aus der Kaserne wieder zurück in das Zuchtthaus — par-don: in die „etwas isolirt gelegene Maschinenfabrik“.

Aber das ist nicht der einzige Fall dieser Art!

In der Wächterbacher Steingutfabrik in Schlierbach (Kassel) müssen die 60 Lehrlinge sich schriftlich auf sechs Jahre verkaufen, wenn nicht der Direktor „nach freiem Ermessen“ ihm etwas an dieser Strafe, nein Lehrzeit schenkt. „Der Lehr-

ling wird nur in einer Abtheilung des Betriebes, für welche er die beste Veranlagung zeigt, ausgebildet.“ Natürlich, diese Einseitigkeit ist für den Unternehmer ebenso profitabel wie sie für den Arbeiter nachtheilig ist. Weiter: „Der Vater oder Vormund überträgt dem Fabrikdirektor oder dessen Stellvertreter, sowie dem Meister oder Vorsteher, welchem der Lehrling zur Ausbildung übergeben wurde, alle in der väterlichen Gewalt begründeten Rechte und Befugnisse über den Lehrling.“

Diese Probe aus dem „Lehrvertrag“ genügt. Schamloser ist mit der Sprache niemals Unzucht getrieben worden, als daß man dieses Dokument weißer Sklaverei noch „Lehrvertrag“ nennt. Und weder Fabrikinspektor noch Regierung nimmt Anlaß, diesen Urtheilsbrief zu geißeln und diese Ausbeutergesellschaft vor den Richterstuhl zu schleppen. Dafür leben wir auch im Zeitalter der christlich-germanischen Sozialreform!

Da muß den Zünftern doch das Wasser im Mund zusammenlaufen, wenn sie solche Lehrkontrakte lesen und man begreift, daß auch sie den Lehrling völlig in ihre Gewalt bringen wollen. Der Inspektor für Schleswig gibt ihrem Wunsch verständnisvollen Ausdruck. Nachdem er die Lamentationen über die zunehmende Widerspenstigkeit der Lehrlinge ausgebrüht, kommt er auf die Frage zu sprechen, wie dem abzuhelfen: „Dabei wurden namentlich die Schäden klargestellt, welche dadurch entstehen, daß die Lehrlinge bei ihren Meistern nicht in Kost und Logis untergebracht sind, und so ihre freie Zeit in zuchtloser Weise zu verbringen vermögen. Es ist daher bei einigen Innungen der allerdings kaum erfüllbare (wie schade!) Wunsch zum Ausdruck gekommen, daß die k. Staatsregierung für die Verpflichtung der Meister, ihre Lehrlinge während der Lehrzeit im eigenen Hause unterzubringen, Sorge tragen möge.“

Und nun kommt der Herr Gewerbeinspektor und löst das Ei des Kolumbus, indem er dem geistig beschränkten Zünfterthum seine Erfahrungen in folgendem Rathe zum Besten gibt:

„Sehr viel praktischer ist es meines Erachtens, der eingerissenen Zuchtlosigkeit der gewerblichen Jugend durch den Abschluß zweckentsprechender Lehrverträge entgegenzutreten.“

Wunderlich gibt der unparteiische Schleswiger Gewerbeinspektor im nächsten Jahre gleich einen Musterkontrakt zum Besten; die Wächterbacher Steingutfabrik überläßt ihm zu diesem Zwecke zweifellos eines ihrer Formulare!

Aber für unsere Leser brauchen wir wirklich nichts mehr beizufügen! Viel wirksamer als alle unsere Ausführungen es vermöchten, reißt den Schleier von diesem Tendenzgebilde unserer Zünfter der trockene amtliche Bericht des Hamburger Inspektors, der da lautet:

„Die Heranbildung des Knaben zum Handwerker geschieht vielfach in einer so gleichgiltigen und vollständig

lieblosen Weise, daß es als Pflicht erscheint, hierauf hinzuweisen. Während der Lehrer in der Volksschule hinsichtlich einer körperlichen Züchtigung des ungehorsamen Knaben den strengsten Vorschriften unterworfen ist, untersteht der eben der Schule entwachsene Lehrling sofort der „väterlichen Zucht“ seines Lehrherrn. Dieses Recht der „väterlichen Zucht“ wird fast nur durch deutliche Handgreiflichkeiten zur Ausführung gebracht, und nicht nur der Lehrherr bethätigt sich daran, sondern auch seine Vertreter, bezw. diejenigen Arbeiter, denen der Lehrling zur Unterweisung zugetheilt wird, pflegen die „väterliche Zucht“ in ausgiebiger Weise auszuüben. Dabei sind Schimpfereien an der Tagesordnung, welche jedes bessere Gefühl in den Knaben zu unterdrücken geeignet sind. Der durch Kontrakt gebundene Knabe muß derartige „väterliche Zucht“ und lieblose Behandlung über sich ergehen lassen und nimmt körperliche Mißhandlungen als etwas zur Sache Gehöriges hin, der jugendliche Gelegenheitsarbeiter aber duldet solche Behandlung nicht oder weiß sich derselben rasch zu entziehen.“

Das Elend der Lehrlingsausbeutung und Mißhandlung könnte durch jede weitere Zufügung unsererseits zu der amtlichen Feststellung in abgeschwächtem Lichte erscheinen und wir wollen dieses Kapitel schließen, indem wir von demselben Beamten noch das Urtheil anfügen, das er bezüglich des Sammers über die schlechten Leistungen der heutigen Arbeiter fällt. Er sagt:

„Ueber ungenügende Leistungen, namentlich der jüngeren Werkgehilfen wird Klage genug geführt, aber die fehlerhafte Ausbildung der Lehrlinge, welche zum großen Theile die Schuld daran trägt, wird nicht verantwortlich gemacht. Eine Besserung in dieser Beziehung ist nur schwer und von langer Hand herbeizuführen; es erscheint sogar der reichlichen Ueberlegung zu bedürfen, ob nicht dazu eine vollständige Umgestaltung des Lehrlingswesens erforderlich ist. Ein erster Schritt dazu ist die Errichtung von Lehrwerkstätten...“

Dieser Rath des weitsichtigen und vorurtheilslosen Beamten wird ungehört verhallen — denn der Sammerruf der Zünfter über den künstlichen Niedergang des Handwerks ist nur der phrasenlogische Mantel, mit dem sie ihre Ober nach wohlfeilen und geknechteten Arbeitskräften zu verhüllen suchen. Lehrwerkstätten, von Staat oder Gemeinde eingerichtet — das wäre ja fast sozialistisch, und die darin ausgebildeten Arbeiter wären vermöge ihrer technischen Geschicklichkeit keinewillenslosen Ausbeutungsobjekte!

Nein — lieber sechsjährige Lehrzeit, Fesselung bis zum militärdienstpflichtigen Alter und Uebertragung der väterlichen Autorität auf den Zunftmeister und dann — nach uns die Sittlichkeit!

Ueber einige Bedenken gegen die vorgeschlagene Arbeitslosen-Statistik.

Das „Sozialpolitische Zentralblatt“, welches das anerkanntwertige Projekt Dr. Adolf Braun's zur Feststellung der Zahl der Arbeitslosen in den Bevölkerungszentren bekannt gemacht hat, veröffentlicht in seiner Nr. 10 vom 5. Dezember d. J. einen Artikel, welcher überschrieben ist: „Die Arbeitslosenstatistik und der „Vorwärts“, und G. Lange in Berlin-Friedenau zum Verfasser hat.

Herr G. Lange sagt in diesem Artikel mit gutem Grunde, es hätten in dem Wünsche nach einer Arbeitslosenstatistik zur Zeit alle übereingestimmt — welchen Parteien sie auch angehörten —, die ernsthaft an den sozialen Fortschritten Antheil nehmen; auf sie alle würde der jetzige Zustand der Ungewißheit in der Frage der, jeden Winter wiederkehrenden und auf weite Proletarierkreise ausgebreiteten, Arbeitslosigkeit im höchsten Grade besorgniserregend und peinigend. Und auch in der Behauptung, daß das Projekt Dr. Adolf Brauns der soeben erwähnten Thatsache gegenüber vielen Lesern wie ein Hoffnungsstrahl erschienen sei, hat unseres Erachtens Herr Lange ganz recht. Des weiteren führt Herr Lange aus, daß das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei in Deutschland, der „Vorwärts“, von vornherein eine sehr zurückhaltende Stellung dem Braun'schen Vorschlage gegenüber eingenommen habe. Anfangs sei die Haltung des „Vorwärts“ zwar nicht direkt feindlich gewesen, und es habe geschienen, als würde das Blatt durch die in Gewerkschaften und sonstigen Arbeiterverbänden sich äußernde werthfällige Sympathie für das geplante Unternehmen mit forgerissen werden. Neuestens habe indeß ein unglücklicher Zufall gefügt, daß eine Verammlung, welche in Berlin in Sachen der Arbeitslosenstatistik stattfand, schlecht besucht war, da sei fogletch die Gegnerschaft des „Vorwärts“ in seiner Nr. 281 vom 30. November d. J. in aller Schärfe zum Ausdruck gelangt. Als die Hauptgründe für diese Ablehnung des Braun'schen Projekts seitens des „Vorwärts“ führt Herr G. Lange folgende an: Das durch diese Privatstatistik erstrebte Ziel werde nicht erreicht werden, das Ergebnis lüdenhaft bleiben, und die Arbeitslosigkeit so geringer erscheinen, als sie wirklich sei; auch würden die Kosten sehr hoch werden, sich für Berlin auf viele tausend Mark belaufen und zu dem Werth des Ergebnisses in keinem Verhältnis stehen. Der mißglückte Versuch einer solchen statistischen Aufnahme in Hamburg habe dies bereits klar bewiesen.

Der Schreiber dieser Zeilen war und ist noch heut für das Braun'sche Projekt sehr eingenommen. Bei dem tiefer eingehenden Studium in diese Frage sind ihm jedoch mannigfache Bedenken gekommen, die ein schweres Gewicht dadurch gewannen, daß er in einer Arbeit des wohlbekannten und allgemein hochgeachteten Sozialpolitikers Prof. Dr. Karl Bücher in Basel gegen ähnliche statistische Erhebungen eine Anzahl sehr beachtenswerther Momente in's Feld geführt fand.

Die hier in Rede stehenden Ausführungen in möglichst kurzem Auszuge im Nachfolgenden wiederzugeben und sie der Beachtung der Leser der „Metallarbeiter-Zeitung“ zu unterbreiten, das ist der Zweck dieser Zeilen.

In der „Zeitschrift für die gesammten Staatswissenschaften“, die herausgegeben wird von den Staatswissenschaftsgelehrten Fricke, Schäffle und Schönberg, hat Dr. Karl Bücher eine sehr eingehende Abhandlung über die wirtschaftliche Interessenvertretung in der Schweiz ver-

öffentlicht (Jahrgang 1888, S. 346 bis 382), in der er auf die Bedeutung der Bureau für Arbeitsstatistik und deren statistische Leistungen zu sprechen kommt.

Schon die gewöhnlichen statistischen Erhebungen, meint Prof. Bücher, hätten die Schattenseite, daß sie an Hunderttausende oder Millionen von Individuen Fragen richteten, für deren richtige Beantwortung sie kein Interesse hätten und nicht verantwortlich gemacht werden könnten. Der Einfluß dieses Umstandes auf die Zuverlässigkeit des erzielten Materials dränge sich den praktischen Statistikern mit so zwingender Gewalt auf, daß unter ihnen eine weit verbreitete Abneigung gegen alle Fragen Platz gegriffen hätte, deren Beantwortung nicht schon durch den einfachen Augenschein von dem Zähler kontrollirt werden könne. Ein deutliches Zeichen dieser Abneigung sei die Einschränkung der Frageformata für die Volkszählung in verschiedenen Ländern und der Widerstand, den die weitgehenden Forderungen der internationalen statistischen Kongresse bei der amtlichen Statistik gefunden hätten. Litte diese verhältnismäßig einfachen Ermittlungen schon schwer unter dem Fehler uninteressirter und unverantwortlicher Auskünfte, so müsse sich dieser Uebelstand in's Unerträgliche steigern, wo grade ein Interesse an nicht richtiger oder nicht genauer Fragebeantwortung bestehe. Einige nordamerikanische Staaten seien, um der Unzuverlässigkeit der Auskünfte zu begegnen, bis zur Anwendung von Zwangsmitteln gegen die Befragten und zur Androhung von Gefängnisstrafen für wesentlich falsche Aussagen gegangen; allein es fehle doch jede Aussicht, dieses System zu verallgemeinern, und wäre sie vorhanden, so müsse die Unmöglichkeit, derartige statistische Uebelthäter zu überführen, sie zum Scheitern bringen.

Auf das Höchste beachtenswerth erscheint nun dem Schreiber dieser Zeilen die Ansicht des Prof. Bücher, daß der Uebelstand der unzuverlässigen Auskunftsertheilung da sich ganz außerordentlich steigern müsse, wo ein Interesse besteht an unrichtiger oder ungenauer Fragebeantwortung. Das dürfte offenbar in hohem Grade der Fall sein bei den Fragen, welche im Sinne des Dr. Braun'schen Projekts an arbeitslose Arbeiter gestellt werden sollen. In Nr. 8 des „Sozialpolitischen Zentralblattes“ vom 21. November d. J. veröffentlicht Dr. Adolf Braun das Schema des Fragebogens, welches er in Vorschlag bringt. Eine ganze Anzahl der darin enthaltenen Fragen würde bei allen minder gewissenhaften und über die Bedeutung einer möglichst weit reichenden Arbeitslosenstatistik nicht genügend aufgeklärten Arbeiter das Interesse erregen, sie in einer Weise zu beantworten, welche mit der Wahrheit nicht übereinstimmt. Das würde z. B. der Fall sein bei der Frage: Seit wann arbeitslos? Ferner bei der Frage: Wodurch ist die Arbeitslosigkeit verursacht? Drittens bei der weiteren Frage: Sind Sie jetzt nur einen Theil der sonst in Ihrem Gewerbe üblichen Zeit beschäftigt, und zwar wie viel Tage in der Woche, wie viel Stunden am Tage weniger als sonst? Viertens bei der Aufforderung Auskunft zu geben, ob die Frau im Allgemeinen und wodurch sie zum Unterhalt der Familie beiträgt. Dann an der sich daran anschließenden Frage, ob die Frau dazu jetzt Gelegenheit habe. Ferner ob andere zu unterstützende Personen, Vater, Mutter, Verwandte etc. vorhanden sind?

Alle diese Fragen reizen geradezu zur unrichtigen Beantwortung, zumal sich die Hoffnung, Unterstützung zu erhalten, bei den befragten Arbeitslosen nicht unterdrücken läßt. Die Erwartung Dr. Braun's, daß, wenn es auch unumgänglich sei, jede Angabe zu kontrolliren, doch allein die Erkenntniß, daß die Daten kontrollirt

werden könnten, die Ausfüßer des Fragebogens zu wahrheitsgemäßer Antwort veranlaßt werden, erscheint denn doch wohl, angesichts der vorstehenden Bedenken, als gar zu optimistisch und wahrscheinlich sehr irreführend.

Also, das möchte ich für heute als Resultat vorstehender Ausführungen betrachten, daß die Beantwortung der Frage, ob eine Arbeitslosenstatistik in der Art, wie sie Dr. Adolf Braun vorschlägt, nutzbringend sein könnte, noch recht zweifelhaft erscheinen muß. Auch wir wünschen auf das lebhafteste, daß es gelinge eine solche Statistik in Nutzen schaffender Weise durchzuführen, aber wir sind der Ueberzeugung, daß die Vorschläge Dr. Adolf Brauns, so wohlgemeint und vortrefflich sie auch sind, doch noch bei weitem nicht hinreichen, ein auch nur einigermaßen befriedigendes Ergebnis zu sichern.

Die Harmonie-Apostel an der Arbeit.

Der Redakteur des von Dr. Max Hirsch herausgegebenen „Gewerksverein“, Herr G. Goldschmidt, hat kürzlich eine Agitationsreise gemacht. In Nr. 44 genannten Blattes wird berichtet über einen Vortrag, den der Herr den Gewerksvereinslern in Dülken gehalten hat. Das Thema lautet vielversprechend: „Die deutsche Arbeiterbewegung, und warum sind wir keine Sozialdemokraten.“

Die Ausführungen, welche Herr Goldschmidt dazu gab, lassen keinen Zweifel darüber, daß er noch sehr viel lernen muß, um vernünftig und ruhig die Arbeiterbewegung beurtheilen zu können. Er leitete seinen Vortrag ein wie folgt:

„Die Arbeiterbewegung sei das Produkt der sich immer schlechter gestaltenden wirtschaftlichen Verhältnisse, unter denen der Arbeiter am meisten leide. In der alten Zeit habe zwischen Arbeitgeber und -Nehmer ein gesunderes Verhältnis bestanden. (?) Aufgabe aller Menschenfreunde sei es, beide Theile einander wieder näher zu bringen. Das Wort des Gründers der christlichen Kirche: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst!“ müsse mehr zur Geltung kommen. Ueber die Mittel und Wege dazu habe man sich bisher nicht einigen können. Es existiren augenblicklich drei Richtungen in der Arbeiterbewegung. Die eine will eine funktelnagelne Gesellschaftsordnung einrichten; das seien die Sozialdemokraten. Die zweite trachte darnach, die veralteten mittelalterlichen Zustände wieder bei uns zurückzurufen; das seien die Zünftler. Die dritte bestrebe sich auf dem Boden der gegebenen Verhältnisse eine Besserung zu erreichen; das sind wir (die Gewerksvereine). Welches sei nun die beste Kur? Die Sozialdemokraten brauchen Dr. Eisenhart's Rezept, der mit dem Leben auch die Schmerzen beseitigt. Die Innungsbrüder schwärmen für die mittelalterlichen Zustände. Die Gewerksvereine bauen auf mit den Mitteln der heutigen Wissenschaft. Das sei das Richtige. Der Arzt suche den Kranken zu heilen, nicht ihn zu beseitigen; auch werde er nicht mit den Rezepten des Mittelalters Versuche machen, sondern wie es die heutige Arzneiwissenschaft lehre. Die Gewerksvereine seien 1869 gegründet worden, als den Arbeitern das Koalitionsrecht verliehen wurde, um auf die Arbeits- und Lohnverhältnisse Einfluß zu gewinnen. Hätte eine Arbeiterorganisation von Anfang an bestanden, dann wären die Verhältnisse nie so einseitig geworden.“

Zunächst müssen wir dem Herrn Goldschmidt sagen, daß er schlechte Geschichtskennntniß verräth, indem er behauptet, in der „alten Zeit“ habe zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ein „gesunderes“ Verhältnis bestanden. Offenbar hat er die Zeit der Zünfte im Auge, denn vor derselben gab es keine „Arbeitgeber“

und „Nehmer“, sondern nur Herren und Sklaven. Aber er scheint keine Ahnung davon zu haben, daß von einem gesunderen Verhältnis zwischen Meistern und Gesellen nur für die erste Zeit der Zünfte die Rede sein kann, als die zünftlerische Organisation noch ihrem ursprünglichen Zwecke, jedes ihrer Mitglieder zur wirtschaftlichen Selbstständigkeit gelangen zu lassen, entsprach. Aber schon im 14. Jahrhundert war das nicht mehr der Fall. Aus dem Gesellen als Zunftgenosse wurde der Lohnsklave, aus dem Meister der spekulative, ausbeutende Unternehmer. Die Zunftverfassung wurde der Deckmantel für einen an der besitzlosen Arbeit verübten Unterdrückungs- und Ausbeutungs-Unfug, der zu beständigen, hartnäckigen Kämpfen zwischen Meistern und Gesellen führte. Hat Herr Redakteur Goldschmidt niemals etwas in Erfahrung gebracht über die großen und langwierigen Ausstände der Handwerks-gesellen im 14., 15. und 16. Jahrhundert, die verhältnismäßig viel bedeutender waren, wie die meisten Ausstände in unserer Zeit? Es scheint nicht so, sonst hätte der Herr, nach dem von ihm selbst redigirten Blatte unumgänglich die Behauptung aufstellen können, „in der alten Zeit habe zwischen Arbeitgeber und -Nehmer ein gesunderes Verhältnis bestanden“. So lange es „Arbeitgeber“ und „Nehmer“ gibt, welche Zweitheiligkeit den Gegensatz zwischen privilegiirter Ausbeutung und ausgebeuteter Arbeit offenbart, so lange kann auch von dem behaupteten „gesunderen“ Verhältnis keine Rede sein.

Darüber, wie nativ es ist, die Phrase von der „Nächstenliebe“ in ökonomischen und sozialpolitischen Betrachtungen zu verwerten, bedarf Herr Goldschmidt auch noch der Belehrung. Die vielberufene „Nächstenliebe“ spielt in der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Entwicklung gar keine Rolle. Herr Goldschmidt mag sich darüber Rath's erholen aus den Werken der Vertreter derjenigen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Schule, die er selbst repräsentiren will. Nicht unter Berufung auf die „christliche Liebe“, sondern unter der auf die höhere Gerechtigkeitssidee vollzieht sich alle Entwicklung, aller Fortschritt der Gesellschaft.

Ueber die alberne Bemerkung, daß die Sozialdemokratie das Rezept des Dr. Eisenhart gebrauche, verlieren wir kein Wort, denn: „Geistesarmuth spricht aus solchem Bild.“ Unwahr ist es, daß die Gewerksvereine im Jahre 1869 deshalb gegründet wurden, um auf Grund des soeben verliehenen Koalitionsrechtes die Interessen der Arbeiter zu wahren. Sie wurden unter dem Protektorate der gesammten Fortschrittspartei und den Herren Dr. Hirsch und Dunder lediglich deshalb nach „englischem Muster“, gegründet, um die Arbeiter den politischen Interessen jener Partei dienlich zu machen und zwar speziell gegenüber der immer mächtiger sich entwickelnden Sozialdemokratie. Im Oktober 1873 hat Herr Dunder in einer Wahlrede zu Berlin dies ausdrücklich zugegeben. Die Gründung der Gewerksvereine war, wie damals der „Volksstaat“ recht zutreffend bemerkte, eine Antizipation des Lascher'schen Knüttels; es handelte sich darum, Arbeiter-Bataillone im Dienste der Bourgeoisie zu drillen und diese Arbeiter-Bataillone gegen die sozialdemokratische Arbeiterkraft in den Kampf zu führen. Ein Stückchen gemeinster Sozialdemagogie!

Herr Dr. Hirsch war damals, wie Dr. M. Meyer in seinem „Emancipationskampf des vierten Standes“ sagt, ein junger ehrgeiziger Student, aber zum Bourgeois-Sozialdemagogen wie geschaffen. Mit bodenlosem Leichtsinne hat dieser Mensch seine arbeiterbeglückende Thätigkeit damit begonnen, daß er, in Gemeinschaft mit anderen Politikern seiner Partei, im Dezember

1869 den Waldenburger Streit in's Werk setzte, wodurch etliche Tausend Arbeiter in's Unglück gestürzt wurden. Ein Führer der Fortschrittspartei, Damberger, schrieb damals, das politische Patronat habe das Aeußerste aufgebieten, aber das Scheitern des Unternehmens nicht verhindern können. Herr Damberger tabelte es als ein Grundübel der Gewerkvereine, daß das Partei-Interesse sie in's Leben gerufen habe. Die ganze Gründung lief auf einen politischen Betrug an der Sache des arbeitenden Volkes hinaus; das zu beweisen, steht uns ein erdrückendes Material zu Gebote. —

Bei der Wissenschaft ist Herr Goldschmidt offenbar nicht in die Säule gegangen, und die Geschichte der Gründung, die er vertritt, kennt er offenbar nicht. Aber den „Irrsinn“ Eugen Richters und sonstiger Oberdemagogen der „freisinnigen“ und unfreisinnigen Bourgeoisie scheint er eifrigst studiert zu haben, denn er hat in seinem Vortrage all' das jämmerliche Zeug der Irrsinn's-Größen ausgekratzt. Hier eine kleine Blumenlese: „Die anderen Klassen bleiben wesentlich nur den stupiden Arbeitern verschlossen, nicht den gebildeten.“ (Wir sagen: Leute von der geistigen Qualifikation des Herrn Goldschmidt ist die wirklich gebildete Arbeiterschaft verschlossen!) „Die Sozialdemokratie verschuldet es, daß die gesunde Entwicklung gehemmt werde.“ — „Die Sozialdemokratie wolle nicht die friedliche Reform, wenn sie auch in letzter Zeit etwas klüger geworden sei und mitarbeitete an diesen Reformen.“ (Heilige Einfalt! Lange Zeit hindurch hat die Sozialdemokratie mit ihrem Wirken für wirtschaftliche und soziale Reformen ganz allein dagestanden. Ihren Bestrebungen für gute Arbeiterschutzgesetze war gerade die Partei des Dr. Hirsch grünlitz feind. Nur der Noth gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, hat sie schließlich dem Eingreifen des Staats zu Gunsten der Arbeiter zugestimmt. Und jetzt will der Gewerkvereins-Scribbler behaupten, wir seien in letzter Zeit „etwas klüger“ geworden!) Weiter:

„Die Sozialdemokratie wolle erst den Umsturz, und dann überlegen, was nun. Das erinnere an Den, der ein Haus baue, ohne an die innere Einrichtung zu denken. Im Gegentheil müsse mit Hilfe des Staates und aller Hilfe ein Haus gebaut werden, in dem es sich wohnen lasse. Wir sind von der Schädlichkeit der Sozialdemokratie überzeugt und bekämpfen sie mit den Waffen des Geistes. Sie unterdrückt die individuelle Freiheit. Wenn sie sagt, wer die Produktionsmittel habe, habe die Gewalt, so müsse man doch bedenken, daß heute nur ein einzelner Arbeitgeber die Ausbeutung betriebe, der Arbeiter, wenn es ihm nicht gefalle, sich einen anderen Arbeitgeber suchen könne. Unter der sozialdemokratischen Regierung sei das nicht mehr möglich, der Arbeiter sei dann seiner Freiheit völlig beraubt. Wir wollen die staatliche Allmacht nicht noch mehr stärken; der sozialistische Staat werde, wenn es dem Arbeiter nicht gefalle, diesem sagen, er möge zu Grunde gehen. So wolle die Sozialdemokratie mit ihrem Kommunismus die Menschen auf die primitive Kulturstufe der Kindheit derselben zurückschrauben, nur um einige Mißstände zu beseitigen. Die Sozialdemokratie sei auch atheistisch. Sie sage zwar: Religion sei Privatsache, suche aber ihre Mitglieder aus der Kirche herauszuholen. Heute könne sie das nicht durchsetzen, später, wenn sie die Gewalt habe, würde sie den Gewissenszwang einführen. Hierfür habe sie jetzt schon wiederholt Zeugniß abgelegt. Deshalb sind wir keine Sozialdemokraten. Sie will ferner das Familienleben, die Ehe aufheben; sie sage das nicht offen, aber das Bebel'sche Buch:

Die Frau, beweiße es, und anders ginge es auch nicht. Wollte sie die Menschen gleich machen, dann müßten alle gleich erzogen werden. Die Gleichmächerei sei aber unmöglich wegen der natürlichen Verschiedenheit der menschlichen Anlagen, die nicht durch Gesetze beseitigt werden könnte. Die Ungleichheit aber sei gerade das Unglück, nach der sozialdemokratischen Lehre. Da müßten denn alle in einer Anstalt erzogen, die Kinder den Eltern entzogen werden. Der Vater, auch der ärmste, setze daher seinen Stolz darein, seine Kinder weiter zu bringen, wie sich selbst. Werde ihm das Bestreben genommen, so sei es nicht werth, überhaupt zu arbeiten. Die Gleichheit könne der Staat aber auch nicht aufrecht halten. Der Eine sei geistig tüchtig, der Andere körperlich. Hätten die Sozialdemokraten Recht, so müßten wir alle Goethe's, Schiller's, Shakespeare's sein. Würden alle nach der Schablone behandelt, dann werde der Schaffenstrieb im Menschen erstickt.“

Nicht wahr, dieser Herr Goldschmidt hat den Irrsinn des großen Eugenius trefflich kopirt! Und er hat offenbar die Absicht, sich zu einem Oberdemagogen des Deutschfreisinn's hinaufzuarbeiten. Es fällt uns nicht ein, all' die lächerlichen Unwahrheiten, die er „geistreich“ da zusammengehäuft hat, einer Kritik zu würdigen. Nur an einem Punkte wollen wir den Charakter dieses Apostels der Harmonielehre kennzeichnen. Nicht nur den Sozialdemokraten, sondern noch mehr den Liberalen jeder Färbung, in erster Linie den sogenannten „Deutschfreisinnigen“, wird von konservativer und ultramontaner Seite der Vorwurf der Atheismus gemacht. Wollen die Führer des „Freisinn's“, die Herren Birchow, Richter, Damberger, Mengel u. saumt dem Prinzipal des Redaktors Goldschmidt, Dr. Max Hirsch ehrlich sein, so müssen sie offen zugeben, daß sie Atheisten radikalster Sorte sind, die nicht an Gott und an Teufel glauben. Und da wagt es der commis voyageur der freisinnigen Gewerkvereiner, Herr Goldschmidt, sich hinzustellen und die Sozialdemokratie wegen des Atheismus anzugreifen!!! Ein demagogisches Stücklein ist das, aber kein Meisterstück, vielmehr ein furchtbar dummes und plummes. Offenbar hat der gewerkvereinerliche Reiseapostel vor mehr oder weniger noch furchtsam gestimmten Arbeitern, die seine Zuhörerschaft bildeten, die edle Kunst der Bauernfängerei treiben wollen.

Ohne Zweifel gibt es unter den Arbeitern, welche den Gewerkvereinen angehören, auch solche, die aufgeklärt genug sind, dieses jämmerliche Spiel zu durchschauen und ehrlich genug, darüber mit dem Herrn Goldschmidt abzurechnen. Uns sagte einmal ein Arbeiter, der früher eine hervorragende Stellung in den Gewerkvereinen einnahm: „Gerade durch die Schimpfereien der Leiter dieser Bewegung auf die Sozialdemokratie, durch die abhernen Tendenzlägen dieser Leute, bin ich veranlaßt worden, mich mit den sozialdemokratischen Lehren näher zu beschäftigen und auf diese Weise ein überzeugter Sozialdemokrat geworden!“

Wir haben keine Ursache, über tendenziöse und verkehrte Fäseln, wie sie Herr Goldschmidt geleistet hat, ungehalten zu sein, denn dieselben können nur dazu beitragen, denjenigen Gewerkvereiner, die geistig normal veranlagt und der geistigen Weiterentwicklung fähig sind, den Weg zu zeigen, auf welchem sie den Gewerkvereins-Humbug den Rücken kehren und zur Sozialdemokratie gelangen!

Ein Achtstunden-Experiment.

Herr William Allan, der Eigentümer der Scotia Maschinen-Werkstätten in Sunderland, schlug vor zwölf Monaten

seinen Arbeitern einen Plan vor, um ihre Arbeitsstunden auf acht den Tag oder, streng genommen, auf 48 die Woche herabzusetzen. Unter dem alten Systeme begannen die Arbeiter die Arbeit um 6 Uhr des Morgens und hörten um halb 9 Uhr auf, um ihr Frühstück einzunehmen. Dieser Theil des Tages ist unter dem technischen Ausdruck „Viertelzeit“ bekannt. Um Mittag war die gewöhnliche Pause für das Mittagessen, wodurch der Arbeitstag in drei Arbeitszeiten eingetheilt war. Die Arbeit der ganzen Woche betrug 54 Stunden — späterhin nur 53 — und war so eingerichtet, daß an den Sonnabenden die Arbeit in letzter Zeit schon um 12 Uhr, vordem erst um 1 Uhr Nachmittags aufhörte. Herr Allan fand jedoch, daß viele der Arbeiter und die Knaben den ersten Viertelstag versäumten und erst nach dem Frühstück die Arbeit aufnahmen und dabei kam es vor, daß sie froren, sich zu sehr überleiteten und auch hungrig waren. Auf Grund einer sorgfältigen Untersuchung überzeugte er sich, daß durch Schwänzen des ersten Viertelstages seine erwachsenen und jugendlichen Arbeiter im Durchschnitt nur 46 bis 48 Stunden die Woche arbeiteten. Dies brachte viel Verlust und Verschwendung mit sich; Herr Allan jedoch kam zu der Schlussfolgerung, daß von den jugendlichen Arbeitern und Knaben, die Abends ihren Vergnügungen nachgingen oder am Fortbildungsunterrichte Theil nahmen, es kaum zu verlangen sei, ihre Arbeit so früh am Morgen zu beginnen. Auch hatte die Arbeitsversäumniß am Morgen die weitere Folge, daß man zum Ueberzeitarbeiten am Abende gezwungen war, und jene, die Ueberzeit arbeiteten, waren kaum im Stande wieder um 6 Uhr Morgens in der Fabrik anzutreten.

Herr Allan schlug deshalb vor, daß das Tagewerk um halb 8 Uhr beginnen und daß eine einzige Mittagspause gemacht werden sollte, wobei er die Arbeitsstunden der ganzen Woche so vertheilte, daß Sonnabends die Arbeit schon um 12 Uhr aufhörte und die Arbeiter doch nur 48 Stunden die Woche statt 53 arbeiteten. Er setzte hierbei voraus, daß nunmehr, wo alle Arbeiter Morgens pünktlich zur Arbeit würden antreten können, nachdem sie eine stärkende Nachtruhe und ein behäbiges Frühstück hinter sich hätten, die Arbeit in 48 Stunden ebenso gefördert werden würde wie früher in 53, und daß man keine Ueberstunden zu machen nöthig haben würde.

Um jedoch die Verkürzung der Arbeitszeit wieder einzubringen, ersuchte Herr Allan seine Arbeiter, in eine Lohnreduktion von 5 Prozent einzuwilligen, indem er im Falle des Gelingens versprach, die Löhne wieder auf den alten Stand zu bringen. Sämmtliche Angestellten nahmen nach einigem Besinnen den Vorschlag an und die neue Arbeitstheilung ist seit Anfang dieses Jahres erprobt worden. Jetzt weiß man bereits, daß das neue System einen durchschlagenden Erfolg gehabt hat. Herr Allan erklärt, daß die Herstellungskosten der unter der neuen Einrichtung angefertigten Maschinen sich eher verringerten als vergrößerten, jedenfalls hat eine Vermehrung statt einer Verminderung der Produktion stattgefunden. Sowohl diese Arbeiter wie auch Knaben befinden sich in einem besseren körperlichen Zustand und verlieren keine Zeit, während die Maschinen viel regelmäßiger bedient werden. Herr Allan hat daher die Löhne seiner Arbeiter wieder auf den früheren Stand erhöht und kürzlich überreichte ihm seine Arbeiter eine Denkschrift, in welcher sie ihrem Gefühl innigen Dankes für die erwiesene Wohlthat Ausdruck gaben, ihm ihre Achtung und Anerkennung bezeugten.

Mensch und Maschine.

Jedes Leben bedingt Thätigkeit und je höher die Entwicklung des Lebens steigt, desto reger und mannigfaltiger wird auch die Thätigkeit.

Da begegnen wir nun einer Erscheinung, welche, obgleich wenig beachtet, weil zu alltäglich, doch unserer Beachtung werth ist. Schon im Thierleben nämlich können wir das Bestreben wahrnehmen, sich die Lebens-thätigkeit zu erleichtern und dadurch das Leben selbst angenehmer zu machen. Man denke nur an den Bau thierischer Wohnungen verschiedenster Art, sowie an so manche Kunstgriffe welche man sagt, welche unser Erkennen erregen. Das menschliche Leben erscheint im Allgemeinen als die höchste Stufe der irdischen Lebensentwicklung, ist aber selbst so umfangreich, daß der Unterschied von seiner eigenen untersten Stufe bis zur höchsten viel bedeutender ist, als der vom höchstentwickelten Thier zum wenigst gebildeten Menschen.

Selbstverständlich zeigt sich auch im Menschenleben und zwar schon auf der Stufe des thierähnlichen Naturlebens jener Trieb nach Erleichterung der Lebens-thätigkeit und dadurch des Lebens selbst und ebenso selbstverständlich vervollkommenet auch er sich mit der Höherentwicklung des Lebens. Der scharfsinnige oder spitze Stein, der harte und stehende Dorn, ein Knochen splitter, ein langrunnes wichtiges Stück Holz usw. werden in der Hand des noch ganz rohen Menschen zu Werkzeugen, welche nur den schon genannten Zweck haben und wenn der Mensch ein solch in der Natur vorgefundenes Ding durch seine Bemühungen noch passender und zweckentsprechender macht, so beginnt damit die Selbstverfertigung der Werkzeuge zur Erleichterung der menschlichen Lebens-thätigkeit und um das Leben selbst angenehmer zu gestalten. Und nun bedenke man den langen Weg von der Entdeckung und ersten Anwendung eines solchen Naturstückes bis zur Verfertigung und dem Gebrauch eines künstlichen Instrumentes.

Aber mit der Erfindung des Werkzeuges ist auch der Anfang der Maschine gemacht, welche ja eigentlich nichts anderes ist, als ein zusammengesetztes Werkzeug im Großen, wie umgekehrt das Werkzeug eine einfache Maschine im Kleinen ist. Das Gebiet der Maschine im Besonderen ist jedoch, wie alle bekannt, ebenfalls wieder ein so umfangreiches, daß es kaum übersehen werden kann. Bedenkt man nun, daß alle diese Erfindungen und bezüglichen Ergebnisse im Grund keinen anderen Zweck haben, als den bereits wiederholt genannten, nämlich die zum eigenen Leben nöthige Thätigkeit des Menschen zu erleichtern, dadurch das Leben selbst angenehmer und schöner (zu gestalten und so den Lebensgenuß zu erhöhen, so muß man doch sofort daraus den Schluß ziehen, daß dieser Zweck auch schon in hohem Grade erreicht sein müsse. Und in der That ist es, wenigstens theilweise auch der Fall. Wir alle wissen ganz gut, wie leicht und schön es sich leben läßt, — vorausgesetzt, daß man gewisse Bedingungen zu erfüllen im Stande ist. Wie leicht begreiflich, erfordert die Verfertigung von Werkzeugen und die Herstellung von Maschinen viel menschliche Thätigkeit und Verbrauch von Arbeitskraft und zwar um so mehr, je vollkommener sie werden sollen. Auf diese Weise erhalten sie auch einen gewissen Werth, der wiederum mit dem Grade der Vervollkommenung steigt.

So kam und kommt es, daß wir durch menschliche Erfindung, Thätigkeit und Geschicklichkeit wohl wunderbar künstliche Instrumente und Maschinen haben, welche sich in sehr heils- und segensvoller Weise verwenden lassen, die zu den wohlthätigsten und großartigsten Einrichtungen führten, aber um das alles zu erreichen, ist der Besitz von Geld und Vermögen unerlässliche Bedingung. Nur wer glücklicher Besitzer solcher Mittel ist und zwar in hinlänglichem Maße, der kann sich die künstlichen und werthvollen oder theuren Instrumente anschaffen.

Der Reiche, der Kapitalbesitzer, also ist der Bevorzugte, dieje so stammenswerthen Erzeugnisse des menschlichen Scharfsinnes und Fleißes sich kaufen und natürlich auch für sich verwenden zu können. Denn obgleich sie alle aus dem allgemeinen Drange, das menschliche Leben zu erleichtern und zu verschönern hervorgegangen sind, also im Grunde genommen auch nur diesen allgemeinen Zweck haben, sind sie doch nicht im allgemeinen, sondern im Sonderbesitz, müssen daher auch in erster Linie dem Sonderwohltheil dienen und können erst mittelbar ihren eigentlichen, allgemeinen Zweck erfüllen.

Wer will den Kapitalisten der Unge-rechtigkeit zelten, wenn er an seine Maschinen, welche von ihm gegen bares Geld erworben, also sein ausschließliches Eigenthum sind, an erster Stelle die Aufgabe stellt, sein Kapitalvermögen zu vermehren? Und wer fände es nicht erklärlich, daß ein solcher Mann, der seine Maschinen zu allererst für sich, zu seinem eigenen Wohltheil arbeiten läßt, die durch deren Thätigkeit her-

gepflanzten Erzeugnisse auf den Markt bringt und selbstverständlich auch nur zum eigenen Vortheil zu verwerthen sucht, daß also ein solcher Mann, der von Anfang bis zum Ende nur sein Ich und die Vermehrung seines Reichthums und damit natürlich auch die Verschönerung seines Lebens im Auge hat, sich für einen Wohlthäter des Menschengeschlechtes hält?

Theilweise also, wie bereits bemerkt, erfüllen diese Dinge ihren eigentlichen Zweck, für den Menschen nämlich, welcher sie zu kaufen und für sich zu verwerthen im Stande ist. Man, damit sie auch schon angedeutet, daß die Sache noch eine andere Seite hat.

Es ist allgemein bekannt, daß das Maschinenwesen wohl auf der einen Seite die menschliche Arbeit erleichtert, auf der anderen aber auch eine Masse von menschlicher Arbeitskraft überflüssig macht oder ersetzt, so daß dadurch eine große Zahl verdienstsuchender Arbeiter beschäftigungs- und brodtlos sind. Das ist eine nicht wegzubringende, nachtheilige und unheilvolle Wirkung des Maschinenwesens, deren Ursache jedoch nicht in diesem selbst, sondern in dem einseitigen Besitze und der dadurch hervorgerufenen Ordnungslosigkeit der Arbeitsverhältnisse zu suchen ist.

Es ist also zu merken und festzuhalten, daß das Maschinenwesen für einen großen Theil der Bevölkerung gerade das Entgegengesetzte ihres eigentlichen Zweckes bewirkt; statt Erleichterung und Verschönerung des Lebens, Erschwärzung desselben, verbunden mit Entbehrung und Noth.

Doch das Mißverhältnis geht noch weiter. Man mag im Erfinden und Herstellen von Maschinen noch so große Fortschritte machen, so kann doch die menschliche Thätigkeit dabei nie ganz entbehrt werden, da ja jede Maschine ein Erzeugniß des menschlichen Geistes und der menschlichen Hände ist. Aber nicht nur zur Herstellung derselben ist der Mensch notwendig, sondern auch zu ihrem Betrieb. Jede Maschine, und sei sie noch so vollkommen, vermag nur unter Leitung des menschlichen Verstandes Arbeit zu verrichten.

So kann der kapitalistische Unternehmer eines Theils darauf hinweisen, daß seine Maschinen ihm so und so viele Arbeiter ersparen, andererseits muß er wieder, allerdings in viel geringerer Zahl, menschliche Arbeitskraft suchen, um sie in den Dienst seiner Maschinen zu stellen.

Aber auch diese Menschen bekommen von der wohlthätigen Wirkung des Maschinenwesens nichts zu spüren, denn ihr Lohn ist so knapp bemessen, daß sie kaum ihr Dasein fristen können, nicht zu reden davon, daß sie ein schweres, mitummer und Entbehrung verknüpftes ist.

Um sich die zum eigenen Leben nötige Arbeit zu erleichtern und sich selbst das Leben angenehm zu machen, erfindet und verfertigt der Mensch Werkzeuge, Instrumente und Maschinen. Er hat es in dieser Thätigkeit zu einer hohen Vollkommenheit gebracht, und es ist in der That möglich, durch Anwendung all dieser Hilfsmittel ein schönes Dasein zu genießen. Aber die Möglichkeit der Anwendung hängt vom Besitze der Mittel ab und diese sind ungleich vertheilt. Eine Minderzahl besitzt ungeheures Reichthum, die große Masse hat nichts als ihre Arbeitskraft und ist deswegen gezwungen, um schönen Lohn in den Dienst des Kapitals zu treten. Und aus demselben Grunde erfüllt das ganze Maschinenwesen seinen eigentlichen Zweck nur für den gewöhnlichen Besizer, für den Unbemittelten bewirkt es das Gegenteil, macht das Leben zur Last und erzeugt bitterste Noth und jammervolles Elend.

Darum: Die Maschine, an sich eine Wohlthat, kann nur im Besitze und Dienste der ganzen Gesellschaft ihren wahren Zweck erfüllen, nämlich Erleichterung und Verschönerung des Lebens Aller.

Eine Rechtsfrage.

Kann im Konkurs über das Vermögen eines Arbeitgebers die Feststellung der streitig geliebten Lohnforderung eines Arbeiters gegen den Konkursverwalter vor dem Gewerbegerichte betrieben werden?

Von Eduard Bloch.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Schneidermeisters A. wurde die von dessen Gehilfen B. zur Tabelle angemeldete Lohnforderung von dem Konkursverwalter bestritten. Der Gehilfe strengte deshalb gegen den letzteren bei dem Gewerbegericht Klage auf Feststellung der bestrittenen Forderung an.

Kann nun eine derartige Feststellung vor dem Gewerbegericht betrieben werden, ist nicht vielmehr für die Klage das Amtsgericht zuständig, bei welchem das Konkursverfahren anhängig ist?

Die Reichskonkursordnung vom 10. Febr. 1877 konnte naturgemäß diese Frage noch nicht in den Bereich ihrer Bestimmungen ziehen; allein auch das Reichsgesetz, betreffend die Gewerbegerichte, vom 29. Juli 1890

hat dieselbe weder im Gesetzesstexte noch in den Motiven zum Entwurfe in Behandlung genommen, ja nicht einmal gestreift. Es ist daher der Wissenschaft und der Rechtsprechung vorbehalten, die Grenzen der Zuständigkeit für diesen Fall zu finden.

Die Reichskonkursordnung bestimmt in ihrem § 134, daß es den Gläubigern freitlig geliebener Forderungen überlassen bleibt, die Feststellung derselben gegen den Bestreitenden mittels Klage im ordentlichen Verfahren zu betreiben. Für die Klage ist das Amtsgericht, bei welchem das Konkursverfahren anhängig ist, und, wenn der Streitgegenstand zur Zuständigkeit des Amtsgerichts nicht gehört, das Landgericht ausschließlich zuständig, in dessen Bezirk der Bezirk des Konkursgerichts fällt. Eine Ausnahme besteht nur hinsichtlich jener Forderungen, für deren Feststellung ein besonderes Gericht, eine Verwaltungsbehörde oder ein Verwaltungsgericht zuständig ist.

Ungeachtet dessen zählen nun die Gewerbegerichte zu den reichsgerichtlich bestellten Sondergerichten, und sind unter Ausschluß der ordentlichen Gerichte und ohne Rücksicht auf den Werth des Streitgegenstandes zuständig für Streitigkeiten zwischen Arbeitern und ihren Arbeitgebern über die Leistungen aus dem Arbeitsverhältnisse (§ 3 Abs. 1 Z. 2 i. V. m. § 1 Abs. 1 und § 5 des Gewerbegerichtsgesetzes) d. h. also für gewisse Forderungsklagen zwischen Arbeiter und Arbeitgeber; ob auch für die entsprechenden Feststellungen klagen hängt ab von der respectiven Auffassung über das Wesen und die rechtliche Natur der letzteren. Wir fügen uns in dieser Hinsicht auf die Autorität des Reichsgerichts, das in Feststellungs- und Leistungsklagen nicht verschiedene Klagen erblickt, und erkennen daher auch in Bezug auf Feststellungsklagen unter den bestimmten Voraussetzungen und Einschränkungen des Reichsgesetzes vom 29. Juli 1890 die Zuständigkeit der Gewerbegerichte an.

Allein, wenn nach Maßgabe des Gewerbegerichtsgesetzes Streitigkeiten erledigt werden sollen so müssen sich dieselben, wie bereits erwähnt, unmittelbar zwischen Arbeiter und Arbeitgeber oder zwischen Arbeitern desselben Arbeitgebers abspielen. Die präzise Fassung des § 1 des Gesetzes läßt eine erweiterte Auslegung nicht zu und verbietet die Ausdehnung der Zuständigkeit der Gewerbegerichte auf dritte Personen; es sind daher schon dann wieder die ordentlichen Gerichte kompetent, wenn die aus dem Arbeitsverhältnisse entspringenden Forderungen oder Schulden im Wege der Gesamts- oder Sonderrechtsnachfolge auf andere Personen übergegangen sind.

Nun führt zwar die Eröffnung des Konkursverfahrens eine Rechtsnachfolge, aktiv oder passiv, nicht herbei, auch hat sie keinerlei Verchiebung im Parteiverhältnisse oder Veränderung der rechtlichen Qualität einer bestehenden Forderung zur Folge; allein sie stellt zwischen Gläubiger und Schuldner dritte Personen, den Konkursverwalter und die übrigen Gläubiger, denen kraft des Gesetzes das Recht zusteht, gegen eine angemeldete Forderung Widerspruch zu erheben (§ 132 K. O.) und dadurch, unabhängig vom Willen des Schuldners oder gegen denselben, die Realisirung einer Forderung hintanzuhalten, unter Umständen zu vereiteln.

Der Gemeinschuldner selbst hat nicht mehr die Macht, dem Widerspruche entgegenzutreten, so wenig andererseits sein Beitreten die Forderung für den Konkurs freitlig macht; er ist lediglich zur Aufklärung und mit Rücksicht auf § 152 Abs. 2 der Konkursordnung einzuzurechnen, nachdem er bereits mit Eröffnung des Verfahrens vermöge des Gesetzes sein Verwaltungs- und Verfügungsrecht über das zur Konkursmasse gehörige Vermögen zu Gunsten des vom Gerichte ernannten Konkursverwalters eingeübt hat (§§ 5, 70, 92, 129 Abs. 2 der Konkursordnung).

Die sehr bestrittene Frage, welche rechtliche Stellung dem Konkursverwalter zukommt, die eines Vertreters des Gemeinschuldners, der Gläubigerschaft, beider zugleich, der Masse u. a. m., braucht an dieser Stelle nicht eingehend gewürdigt zu werden; denn jeden falls macht der Uebergang der Dispositionsrechte dem Konkursverwalter weder zum Bevollmächtigten des Gemeinschuldners, noch zu seinem Vertreter in dem Sinne, daß er nunmehr in dessen Namen und Interesse die ihm übertragenen Rechte ausüben könnte; vielmehr auch ersichtlich die zur Befriedigung der Konkursgläubiger dienende Rolle (§ 2 a. a. O.) zu deren Nutzen und Vorthell, zum Zwecke dieser Befriedigung, verwaltet und verwertet, wie ja sein ganzes Amt den Worten dieser Gläubiger entpringt; er handelt hiebei kraft des ihm ertheilten staatlichen Auftrags und als Organ der Staatsgewalt, wenn er — nicht im Interesse und im Sinne des Gemeinschuldners, sondern ohne und vielfach gegen dessen Willen — Rechtshandlungen desselben

aussieht oder Forderungen, die gegen denselben erhoben werden, bestreitet.

Will daher im Konkurs über das Vermögen des Arbeitgebers ein Arbeiter die Feststellung seiner streitig geliebten Lohnforderung betreiben, so kann er nicht gegen seinen Schuldner Klage erheben, sondern muß gegen den Bestreitenden, Konkursverwalter oder Gläubiger, vorgehen; es ist ihm demnach in der Person eines Dritten eine neue Gegenpartei erwachsen, die ihre Rechte nicht vom Schuldner ableitet, sondern vermöge des Gesetzes, auf Grund eigenen Rechtes, ausübt. In dieser neuen Partei aber stand der Gläubiger niemals in einem Arbeitsverhältnisse, ihr gegenüber war er niemals Arbeiter, zwischen ihnen schwebt keine gewerbliche Streitigkeit. Es kann daher auch in der Richtung gegen den Bestreitenden das Gewerbegericht eine Zuständigkeit nicht in Anspruch nehmen; vielmehr ist die Feststellungsfrage vor dem ordentlichen Gerichte zu erheben.

Nachtrift. In den jüngsten Tagen, nachdem vorkstehende Abhandlung bereits zum Drucke eingereicht war, hat, wie wir hören, das I. Landgericht Wilmchen 1, 1. Zivilkammer, als Berufungsgericht die oben behandelte Frage im entgegengesetzten Sinne entschieden. Wir behalten uns vor, demnachst auf dieses Urtheil zurückzukommen.

(„Bayer. Handelsztg.“)

Korrespondenzen.

Formen.

Zahr. In Folge Veröffentlichung der Mißstände in der Gießerei des Herrn Häukler wurde zwei Kollegen gekündigt, weshalb sich zwei weitere Kollegen entschlossen, ebenfalls aufzuhören. Wir ermahnen alle Kollegen um solidarisches Verhalten, da Herr Häukler sich äußerte, er stelle keine Verbandsmitglieder mehr ein. Man halte a so jeden Bezug streng fern, falls Herr H. die Kündigung nicht zurücknehmen sollte.

Klempner.

Breslau. Am 4. Dezember fand hier die Mitgliederversammlung des D. M. A. B. Sektion der Klempner, statt, welche schwach besucht war. Wie überall die Arbeitslosigkeit überhand nimmt, so auch hier. Wie oft ist nicht schon den hiesigen Metallarbeitern ihre traurige Lage vor Augen geführt worden, aber die große Mehrzahl hat es noch nicht für nöthig gehalten, mit ihren Kollegen Hand in Hand zu gehen zur Verbesserung ihrer Lage. — Beim 1. Punkte der Tagesordnung, Abrechnung vom Situationsbericht, wurde ein Defizit von 12 M. verzeichnet. Bei „Berichterstattung der Delegierten vom Gewerkschafts-Kartell“, theilte Kollege Moses mit, daß das Herbergswesen in der „3 Tauben“, bei Herrn Bölich geregelt sei. Klempner fordert die Kollegen auf, die angegebenen Fragebogen auf das genaueste auszufüllen, da dieselben bis 15. Dezember wieder abzuliefern sind. In Betreff der Volksbäderpetition sei vom „wohlthätigen“ Magistrat noch keine Antwort eingegangen, sollte dieselbe noch lange auf sich warten lassen, soll es der Öffentlichkeit übergeben werden. Zu Besprechung erhält Kollege Deißel das Wort. Derselbe bedauert zunächst, daß selbst die Kollegen, welche dem Verbandsangehörigen, sich zu wenig an den Versammlungen beteiligen, einestheils sei ja der jetzige Geschäftsstand, andererseits tragen die Kollegen selbst die Schuld, denn gerade die Kollegen sind die gedrücktesten, welche unserem Verbands fern stehen. Keiner dürfe es sich vorziehen lassen, immer wieder neue Kräfte dem Verbands anzuführen, denn ohne Kampf kein Sieg. Zum Schluß wurde einem Kollegen eine Warnung gebracht, daß auch der „Königsgrund“, Vogeistraße, zu den hochbestrittenen Lokalen gehört. Mit einem dreifachen Hoch auf den Metallarbeiterverband schloß der Vorsitzende die Versammlung. — Nach Schluß der Versammlung fand geselliges Beisammensein statt, welches bei Gesang und gelegentlichen Vorträgen bis zur späten Stunde die Festlichkeit mehr in fröhlicher Stimmung beizubringen.

Frankfurt a. M. Am 27. November fand im Lokale des Herrn Krummer eine nur schwach besuchte öffentliche Spenglerversammlung statt mit der Tagesordnung: Unfallversicherungsbedingungen auf Bauten, wozu Kollege Seimann über die Thätigkeit der gewählten Kommission Bericht erstattete. Er führte an, daß schon vor einem Vierteljahre eine Eingabe an den Magistrat wegen Schutzevorrichtungen auf Bauten eingereicht sei, aber es sei noch nichts geschehen und man sei wohl in dieser Sache wie gewöhnlich zur Tagesordnung übergegangen, die Eingabe habe ihre Erledigung im Papierkorb gefunden. Aber man dürfe deshalb nicht ruhen, sondern man müße sich direkt an die Veranlassungsinstanzen wenden, damit das Vergeß nicht allein auf dem Papier bestehe, sondern daß es auch angewandt wird, um uns in Zukunft Leben und Gesundheit zu schützen. Es wurde dann gesagt, daß man es voraus gesehen hätte, daß eine Eingabe

an den Magistrat nichts nützen würde, sondern man müsse große Volksversammlungen einberufen, da es nicht nur die Sache der Bauhandwerker sei, sondern eine allgemeine. Es wurden dann Beispiele angeführt, wie die Arbeiter oftmals schlicht und die Stagen nicht abgerichtet seien, so daß, wenn ein Mann verunglückt, er gleich bei in den Keller hinabfällt. Die Worte seien ekelhaft und im höchsten Grade unsittlich, ferner seien die Schutzevorrichtungen ungenügend, so daß, wenn einem Arbeiter ein Stück Werkzeug herunterfällt und die Passanten verlegt, er wegen fahrlässiger Tödtung angeklagt würde. Aber die kapitalistische Spekulationsweise sei wieder Schuld, daß man die Kosten für das Holz spart und wenn der Arbeiter die Arbeit nicht ausführen wolle — nun dann kann er ja hungern, es sind ja genug Andere da. Es war darauf folgende Resolution eingelaufen: „Die heutige im Lokale des Herrn Krummer, Königstraße 22, tagende öffentliche Spenglerversammlung spricht ihre schärfste Mißbilligung betreffs des Verhaltens des Frankfurter Magistrats aus, sie erkennt hieraus, daß die jetzt herrschende Klassenbehörde nicht im Stande ist, die Interessen der Arbeiterschaft, wie es notwendig ist, zu wahren. Sie erwächtigt gleichzeitig die Kommission, diese Sachen in weitere Instanzen zu verfolgen und fordert alle Kollegen des Bezirks auf, zu dieser Sache Stellung zu nehmen.“ Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Mit einem warmen Appell zur Agitation für Erhaltung des allgemeinen Wahlrechts für alle Wahlen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Metall-Arbeiter.

Aachen. Die allgemeine Verwaltungsversammlung am 28. November eine Versammlung ab. Der erste Punkt wurde durch einen Vortrag über die „Geschichte der Erde“ durch Genosse Bohro erledigt. Sodann wurde unter Verschiedenem vom Bevollmächtigten auf die Pflichten des Vorstandes, sowie der Mitglieder hingewiesen mit der Aufforderung, daß Jeder dieselben ganz erfüllen müsse, damit die schönen Hoffnungen, zu welchen unsere Verwaltung berechtigt, nicht unerfüllt bleiben. Kollege Ortmann nahm Veranlassung darauf hinzuweisen, wie die Unternehmer das Telephon benutzen, um etwaige unliebsame Elemente einander zu denunzieren und denselben dadurch das Unterommen zu erschweren. Derselbe forderte die Anwesenden auf, die Organisation hoch zu halten und treu zum Verbands zu stehen. Nachdem sich noch mehrere Mitglieder hatten aufnehmen lassen, wodurch das erste Hundert voll wurde, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung geschlossen.

Breslau. Wenn man sich die hiesigen Organisationsverhältnisse der verschiedenen Arbeiterbranchen betrachtet, so gewinnt man die Ueberzeugung, daß es mit denselben hier noch sehr im Argen liegt. Die politische Organisation, die ihren stärksten Rückhalt im Arbeitervereine besaß, ist, da für denselben seit Jahresfrist kein Lokal aufzutreiben, eingeschlafen. Nur ein kleines Häuflein Genossen macht sich durch seine Propaganda etwas bemerkbar, zeigend, daß das Feuer unter der Asche fortglüht und wieder zur hellen Flamme ansbricht, wenn es neue Nahrung erhält. Die gewerkschaftlichen Organisationen, die hier offiziell vertreten sind, als: Metallarbeiter, Schuhmacher und in letzterer Zeit die Tischler, haben noch schwere Kämpfe mit den hiesigen Ortsvereinen der Strich-Lunder'schen Richtung auszufechten, indem letztere dadurch günstiger gestellt sind, daß sie sämtliche Säle zur Verfügung haben, wir nicht einen einzigen. Außerdem heiligen sie die Kunst der Heerde, welche sich bei uns in's Gegentheil verkehrt. Von dem Kampfe durch öffentliche Versammlungen und so freilich, durch trübe Erfahrungen belehrt, abgekommen, dafür stehen sie im Trüben. Was die Behörde betrifft, so hatte Genosse Junge vor kurzem Gelegenheit dies zu erfahren, seit der Zeit magt kein Saalbesitzer uns seinen Saal zur Verfügung zu stellen und bei Vergütungen sorgt die Polizei dafür, daß die Arbeiter ihre freie Zeit u. d. ihr Geld nicht zum Amusement bei richtigen Arbeiterfeiern verwenden. Sollte aber doch die Gefahr drohen, nun dann wird einfach verboten, um Gründe ist man niemals berlegen. Da heißt es: „Das Verbot mußte erfolgen, weil Vergütungen nicht im Statut vorgesehen sind.“ Die Wille wird dadurch verflügt, daß der Verein eblere Zwecke verfolgt als Vergütungen zu veranstalten.“ Oder: „Bei der geringen Zahl von Mitgliedern sind wir auf Gäste angewiesen und deshalb ist es eine öffentliche Langzahnigkeit“, ergo — verboten! Oder es entspricht dem flüchtigkeitspolitischen Interesse nicht usw. Warum eigentlich verboten wird, war der Herr Polizeikommissar so freundlich dem Schreiber zu erklären. Er sagte ungefähr: „Die Mitglieder sind Sozialdemokraten. Durch Veranstaltung von Vergütungen suchen sie Einfluß auf die Wirthschaft auszuüben um ihre Säle zu Versammlungen zu erhalten, aber

die Sozialdemokratie soll und darf hier nicht aufkommen." Nun wißt Ihr es, Arbeiter, der Herr Polizei-Superintendent zeigt Euch das Mittel, er sagt Euch wie es gemacht wird, Ihr dürft es nur tun. Seid einig! Befolgt den Rath der Genossen Junge, die Versammlungen der verschiedenen Gewerkschaften in einem gemeinsamen Lokal tagen zu lassen, auch könnten die Klassenabende und Versammlungen der freien Hilfsklassen dort tagen. Außerdem könnten die verschiedenen Bahlstellen resp. deren Mitglieder sich in einem einzigen großen Gesellschaftsverein vereintigen, der sich das Ziel setzt und dessen Hauptzweck wäre, seinen Mitgliedern wirklich gute Unterhaltung zu bieten statt der faden, die die Bourgeoisie liefert, und billige Tanzvergügen, statt der theuren Groschen-Tänze, die oft genug noch Sammelplätze der gemeinsten Habsucht sind. Arbeiter! wir blicken einer trüben Zukunft entgegen, auf der einen Seite rasch aufeinanderfolgende Lohnreduzierung, auf der andern immer mehr Steuern und zwar indirekte, die nur den kleinen Mann treffen und zwar um so härter, je größer seine Familie. Will nun der Arbeiter, daß er existenzfähig bleibt, und das ist seine Pflicht seiner Familie, seinen Mitmenschen gegenüber, so muß er sich organisieren, um der Ausbeutung durch das Kapital einen Damm zu setzen. Und das ist aber nicht möglich durch die Hirsch-Dunder'schen Gewerbevereine, sondern durch die modernen gewerkschaftlichen Organisationen. Da er aber in seiner gewerkschaftlichen Organisation keine Politik betreiben darf, so muß er sich politisch organisieren, um die Ideen des Sozialismus unter die Masse zu bringen. Nun allgemeine, das Volk interessirende Fragen zu behandeln und dem Volk verständlich dafür beizubringen, müssen aber die nötigen Lokale vorhanden sein. Die besten Räume hierzu werden uns nun von den Besitzern verweigert und nicht ohne Grund, denn dieselben würden schwer geschädigt, da Zivillisten, sowie Militärbehörden ihnen übel mißspielen würden. Der einzige Ausweg ist nur der oben angegebene, darum Genossen, bedenkt dies und folget dem Spruch: „Immer strebe zum Ganzen, und kannst Du selber kein Ganzes werden, als dienendes Glied löstest Du ein Ganzes Dich an.“ Sollten die hiesigen Gewerkschaften der Frage eines gemeinsamen Lokals näher treten und eventuell einen Gesellschaftsverein in der angegebenen Weise gründen wollen, so bin ich gern bereit, meine Ansicht hierüber in ein Referat zu fassen und das selbe in den Versammlungen der verschiedenen Gewerkschaften zur Diskussion zu stellen, und bitte ich dieserhalb die betheiligenden Bevollmächtigten, mir Nachricht zu geben.

Der Einzelne wird stets erliegen,
Im Kampfe fruchtlos untergehen:
Jedoch wir Alle müssen siegen,
Wenn wir nur fest zusammenstehn
Mit Graß

M. Kahler.

NB. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Gannstatt. Am Samstag, den 3. ds. fand i. Gannstatt zum Hirsch eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt mit der Tagesordnung: Vortrag von Kollege Schlichte aus Stuttgart über „Die Entwicklung der amerikanischen Gewerkschaften“. Redner führte aus, daß die amerikanischen Gewerkschaftsbewegungen mit Anfang dieses Jahrhunderts begonnen habe, und zwar zunächst in geistlichen Vereinigungen der Metrosen, Zimmerer und Schrifsteller. Erst mit Einführung der Dampfmaschine sei die Arbeiterbewegung in andere Bahnen getreten. Im Jahre 1830 seien lokale Organisationen und Gewerkschaftsverbände entstanden, welche auf Verkürzung der Arbeitszeit und höhere Löhne ihr Bestreben richteten. Im Jahre 1832 erreichten die Schiffsbauarbeiter und Schrifsteller den zehnjährigen Arbeitsstag, um den wir in Europa heute noch viel zu kämpfen haben. Aber auch das damalige Unternehmertum war regellos die Arbeiter, indem genau wie heute behauptet wurde, die verkürzte Arbeitszeit führe zu Müßiggang und Blüherei; die Polizei mußte sich dem Unternehmertum zur Verfügung stellen. 1846 wurde der zehnjährige Arbeitsstag gesetzlich eingeführt. 1848 kämpften 4000 Metallarbeiter in Pittsburg erfolglos für den zehnjährigen Arbeitsstag. Von 1848 an hatten die Gewerkschaften verschiedene Kämpfe mit dem Unternehmertum wegen Erhaltung des zehnjährigen Arbeitsstages und Lohnkürzungen zu bestehen. 1860 sehen wir den Anfang zur Entwicklung des achtstündigen Arbeitsstages; die Steinmeyer hatten bereits den neunstündigen Arbeitsstag. — Der Vorsitzende dankte am Schluß dem Referenten für seinen interessanten Vortrag und forderte zum zehnjährigen Besuch der nächsten Versammlung auf.

Döbeln. In der am 26. November abgehaltenen öffentlichen Versammlung der Verbandsmitglieder verlas zunächst der Vertrauensmann die Abrechnung für September und Oktober, welche ohne Debatte für richtig befunden wurde. Es folgte die Abrechnung

vom Formerstreik hier. Hofmann, welcher sämtliche Belege mitgebracht, forderte zur regen Einsichtnahme auf, da er von einem Genossen in gewisser Weise angegriffen worden sei in Betreff der Richtigkeit der Abrechnung. Die Versammlung hatte keine Einwendungen zu machen und beschloß, die noch nicht an das Komitee abgelieferten Gelder (ca. 12 M.) so lange zurückzuhalten, bis eine andere öffentliche Versammlung der Mitglieder über die Verwendung des Geldes gefaßt hat. Alsdann wurden für November-Dezember 8 Revisoren gewählt. Im Punkt Verschiedenes wurde noch die Sache des Mitgliedes Bister, hier, genau erörtert und dabei festgestellt, daß derselbe durch niederträchtige Verleumdung unseres Vertrauensmannes den Verband schwer geschädigt. Es wird einstimmig beschlossen: Da Bister heute trotz Einladung nicht erschienen, hat derselbe dem Vertrauensmann eine öffentliche Ehrenerklärung zu geben, ist eine solche bis 4. Dezember nicht erfolgt, so hat die Ausschließung Bisters zu erfolgen. Hofmann hat dies zu veröffentlichen. — Auch aus dem Metallarbeiterverein für Döbeln und Umgebung wurde Bister durch einstimmigen Beschluß der Mitgliederversammlung vom 10. Dezember wegen seines Verhaltens ausgeschlossen. — Allen Mitgliedern zur Kenntniß, daß eine Syntheseler-Fest stattfindet, für rege Betheiligung ist jetzt schon zu agieren. Näheres später.

Przedm. Am 3. Dezember fand im kleinen Saal des Trianon eine öffentliche Versammlung aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen statt, in welcher Genosse Köhn über die Ursachen der Armuth, als eine Folge der kapitalistischen Produktion, referirte. Er wies nach, daß in der Vergangenheit, selbst unter der Sklaverei nicht, eine so raffinierte Ausbeutung, so viel Noth und Elend zu finden war, wie bei der heutigen anarchischen Produktionsweise. Redner führte an, daß von unseren Gegnern nach Walthus Theorie die Ueberbildung als Ursache der Armuth bezeichnet würde und bemerkte, daß es außer der religiösen Lüge eine höhere als diese nicht geben könne, es sei vielmehr unsere heutige Wirtschaftsordnung schuld an der immer größer werdenden Verarmung der Masse. Redner forderte zu lebhaftem Kampfe gegen die Beibehaltung dieses verdrüßlichen Systems und Einführung gesunder Verhältnisse zum Wohl der Allgemeinheit, zu lebhafter Agitation für die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie auf. Die Anwesenden erklärten sich durch lebhaften Beifall mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Hierauf legte der Vertrauensmann die Abrechnung, deren Richtigkeit von den Revisoren bestätigt wurde, vor. Es wurde beschlossen, die Beiträge zum Gewerkschaftsstatell aus den uns zur Verfügung stehenden lokalen Geldern zu bezahlen. Nachdem die Revisorenwahl vollzogen wurde, wurde noch ein Antrag, in nächster Zeit eine Exkursion nach dem Wasserwert zu veranstalten, angenommen.

Erfurt. Am 27. November fand im Gannstatt zur hohen Höhe eine öffentliche Versammlung aller in der Metallindustrie beschäftigten Personen statt. Die Tagesordnung war folgende: 1) Die Hirsch-Dunder'schen Gewerbevereine und die moderne Arbeiterbewegung. Referent: Redakteur Hülske. 2) Stellungnahme zu unserem Gewerbegerichtsbeisitzer Wilhelm Schneegäß. Referent: Hülske führte unter Anderem Folgendes aus. Die Lage der Arbeiter habe sich seit Jahrzehnten geändert und die Kapitalisten sind gezwungen mit den Arbeitern zu rechnen, weil die Arbeiter bestrebt sind, sich in Gewerkschaften zu organisieren. Die Fortschrittspartei bemüht sich um die Gunst der armen Masse, um ihn in den von ihrer Seite gegründeten Hirsch-Dunder'schen Gewerbeverein zu locken. Die Organisation dieser Richtung besteht die „Harmonie“ zwischen Kapital und Arbeit. In der heutigen Produktionsweise, wo der Fabrikant durch die immer zunehmende Konkurrenz die Löhne der Arbeiter gewissenlos reduziert, so daß ein großer Theil der Arbeiter einem langsamen Hungertode entgegengeht, kann von einer Harmonie zwischen Kapital und Arbeit nicht die Rede sein. Millionen Arbeiter müssen darben, damit einige Behntausende ihr Leben in raffiniertem Luxus verbringen, und dieses nennt man eine „göttliche Weltordnung“. Bellamy hat sehr treffend in seinem Buche „Ein Rückblick von 2000 auf das Jahr 1887“, die heutige Gesellschaft mit einer Postkarte verglichen. Die sozialistischen Gewerkschaften sollen sich bestreben, die heutige bürgerliche Gesellschaft vom Tische zu streichen und an deren Stelle eine neue zu setzen. Die sozialdemokratische Partei legt der gewerkschaftlichen Bewegung nicht so große Bedeutung bei, sie steht ihr aber sympathisch gegenüber, weil die Gewerkschaften unter die jüngeren Arbeiter Aufklärung bringen und den Arbeiter zum freien Manne erziehen. In Frankreich ist die Bourgeoisie nicht so brutal wie in Deutschland, darum ist der Klassenkampf nicht so heftig wie bei uns. Die herrschenden Klassen

predigen Sozialreform, um die Arbeiter auf kurze Zeit los zu werden. Die Kapitalisten denken die Arbeiter gewissenlos aus, und in Folge dessen leidet ein großer Theil der Arbeiter an der schrecklichen Schwindsucht. Als vor zwei Jahren der Professor Koch ein Mittel erfand, durch welches angeblich die Schwindsucht könne geheilt werden, jubelten die Kapitalisten, daß nun die Schwindsucht aus der Welt geschafft wäre. Zwar nicht aus Mitleid für ihre Mitmenschen, sondern darum, weil ein gesunder Arbeiter mehr leisten kann wie ein kranker. Wenn die Arbeiter durch die Anforderung der Kapitalisten in den Streik treten, so zehrt es sich nicht für den Arbeiter, den Streikbrecher zu spielen, sondern er soll sich mit in die Reihen seiner Klassen Genossen stellen. Darum ist es Pflicht eines jeden Arbeiters, sich der fortgeschrittenen Gewerkschaftsorganisation anzuschließen, damit endlich dem Kapitalismus ein Damm entgegengeleitet werden kann. Nach diesem Vortrage wurde die folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute den 27. November im Gasthof zur hohen Höhe zu Erfurt tagende öffentliche Versammlung aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten Herrn Hülske einverstanden und verpflichtet sich, seiner Vereinigung, möge es sein, welche es wolle, anzugehören zu wollen, deren Bestrebungen nicht mit den auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Vereinen in Einklang zu bringen sind, sondern nur auf selbstige Hindernisse wirken; ferner verpflichtet sich die Versammlung, Mann für Mann dem auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung bestehenden Verband deutscher Metallarbeiter sich anzuschließen, welcher im Stande ist, die wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder vor der Ausbeutungsmuth des Privatkapitals zu schützen, und im Stande ist, wenn alle in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen selbstig angehören, den frivolen und kulturwidrigen Vorgehen der Fabrikanten gegen ihre Arbeiter ein energisches Halt zu gebieten.“ Im zweiten Punkt, welchen wir nicht ausführlich behandeln wollen, wurde folgende Resolution gegen zwei Stimmen angenommen: „Die heutige öffentliche Metallarbeiterversammlung erblickt in dem Fortbleiben des Gewerbegerichtsmitgliedes, des Kleinpneers Schneegäß, aus der heutigen Versammlung die unbedingte Schuld derselben, sie erklärt deshalb, daß der Kleinpneer Wilhelm Schneegäß das Vertrauen der hiesigen Metallarbeiter nicht mehr hat. Die heute Anwesenden erklären, bei etwaigen gewerblichen Streitigkeiten den Kleinpneer Wilhelm Schneegäß als Gewerbegerichtsbeisitzer ablehnen zu wollen.“ Nach einem kurzen Schlusswort des Referenten schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem dreisätzigen Hoch auf den deutschen Metallarbeiter-Verband.

Görlitz. Wie traurig die Verhältnisse und wie schwer es uns gemacht wird, unsere ohnehin noch schwache Organisation hier in unserer Meißner-Region hoch zu halten, sehen wir uns genöthigt, in die Öffentlichkeit zu bringen. Nach dem Erfolg, welchen wir durch die Gewerbegerichtswahlen erreicht hatten, wird vielleicht mancher auswärtige Genosse denken, wir sind auf Rosen gebettet. Aber welche Enttäuschung würde derselbe erleben, der hoffte, Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit zu finden. Im Gegentheil findet man das Sammerdickicht in größter Mäße, wo gepflegt von den Anfängern der Hirsch-Dunder'schen „Freiheits-“ und „Vollwohnbewegung“, den Parteilicheren, Werkmeistern und Antreibern an der Spitze. Da dieselben nun gesehen haben, daß wir mit 900 Stimmen Majorität über ihre Kandidaten siegen und ihr früherer Ausspruch: „Görlitz gehört uns!“ hinfällig wird, so suchen sie unsere Organisation zu vernichten. — Jedes Mitglied, hauptsächlich in den Fabriken (die meisten sind alte überzeugungstreue Mitglieder des Verbandes), werden an die Herren Werkmeister vertragen und als Aufwiegler hingestellt. So z. B. wurde in der Maschinen-Fabrik von Prollens, wo mehrere Mitglieder arbeiteten, dem Werkmeister Giesel verrathen, daß zwischen seinen frommen Hirschen ein „rothes Genoss“ sei. Da kam nun unser Kollege her, er und von Nachsicht erfüllter Meister ganz aus der Fassung, aber noch toller wurde es als er erfahren, daß er sogar den Kassierer unserer Filiale mitbeschäftigte. Er ging zu verschiedenen Kollegen um zu fragen, ob es wirklich wahr sei, daß sie Mitglieder von einem solchen „Weltumstürzverein“ seien, und als dieselben dieses bejahten, sprach er: „Sie sollten sich schämen“, und: „Die ganze sozialdemokratische Bande, Ustüßler und Aufwiegler fliegen raus.“ Was auch nicht lange auf sich warten ließ. Der gefährlichste „Aufwiegler“, unser Kassierer, mußte sein Werkzeug abgeben und konnte gehen, andern gab er den Rath, sie sollten den 15. Beitrag lieber verkaufen, als „zu einwas“ hergeben. Der überzeugte Arbeiter wird sich wohl von diesem Herrn

nicht belehren lassen und fest zu seiner Organisation halten. Darum Metallarbeiter von Görlitz, tretet ein in die Reihen eurer kämpfenden Kollegen und schafft mit, daß wir die Stärke erlangen, um solchen Herren erfolgreich begegnen zu können. Umwählungen nimmt jeder Zeit entgegen S. Wenneberg, Hohestraße 5. Die nächste Mitglieder-Versammlung findet am 19. Dezember, Abends halb 9 Uhr, im Lokale des Herrn Sellmann, Langenstr. 48, statt.

Mühlhausen i. Th. Am 8. Dezember fand in Hertings Lokal unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt, wobei Genosse Gerlach einen Vortrag über: „Die Gewerkschaftsbewegung und die bestehenden Klassen“ hielt. Anknüpfend an das zweite Heft der Schippel'schen Arbeiter-Bibliothek, dessen Studium er eingehend empfahl, schilderte Referent recht drastisch die Gegensätze zwischen den beiden Faktoren Kapital und Arbeit, sowie die daraus entstehenden Konsequenzen und Lohnkämpfe, zog dann einen Vergleich zwischen unseren Organisationen und den englischen Gewerbevereinen und erwarb für seine Ausführungen allgemeine Zustimmung. Zum 2. Punkt: Gründung einer Bahlstelle brachte Kollege Käthe folgenden Antrag ein: Unterzeichneter beantragt, von Gründung einer Bahlstelle hier selbst vorläufig Abstand zu nehmen, hingegen darauf hinzuwirken, den durchreisenden Verbandsmitgliedern, die entweder bereits ausgesteuert oder noch nicht unterstützungsberechtigt sind, durch Verabreichung eines Geldschusses in Höhe des Betrages für Nachtlager und Frühstück Unterstützung zu gewähren, jedoch dieselbe nur benutzten, wenn sie zu kommen zu lassen, die sich verpflichten, von der Unterstützung seitens der hiesigen Verpflegungstation auf der christlichen Herberge 3. Gemeinath Abstand zu nehmen. In der Motivirung seines Antrages erwähnt derselbe, daß es bei der gegenwärtigen Geschäftslage und der damit in Verbindung stehenden andauernden Arbeitslosigkeit vielfach vorkäme, daß Verbandsmitglieder durch längere Reise ausgezehrt würden, ohne dann Arbeitsgelegenheit zu finden, andere wieder ohne ihre Schuld auf die Landstraße gebrängt würden, ohne während ihrer durch das Statut vorgeschriebenen halbjährlichen Karenzzeit, die er für berechnigt ansehe, Arbeit zu haben und moralisch verpflichtet sei, dieser Kategorie helfend zur Seite zu stehen, wodurch ethisch das Interesse am Verband erhöht, dann auch von neuem der Beweis geliefert würde, daß der Verband es sich angelegen sein lasse, seine Mitglieder nach Kräften zu unterstützen. Auch wären die stoffverhältnißmäßig der hiesigen Verwaltungsverhältnisse derart, daß man ein solches Opfer zu bringen im Stande sei. Nach längerer Debatte über diesen Punkt fand der Antrag einstimmige Annahme und soll die Unterstützung zu Neujahr mit der Neuwahl des Bevollmächtigten, der bekanntlich im Januar stattfindet, in Kraft treten. In der Debatte wurde unter Anderem auch die Befürchtung ausgesprochen, daß man durch Annahme des Antrages sowohl als auch durch Gründung einer Bahlstelle Gefahr lief, den Zuzug von Arbeitskräften zu erhöhen und dies auf die hiesigen schlechten Lohnverhältnisse drückend wirken würde, auch müsse man erst der Herbergsfrage näher treten durch Gründung einer „Zentralherberge“, ehe man die Unterstützungsforderung regelt. Der Antragsteller widerlegte dies, indem er ausführte, daß gerade unter den organisierten Kollegen die Zahl der Lohnbrücker eine äußerst geringe sei, vielmehr kämen durch diese Maßnahme eher tüchtige Agitatoren nach hier, die die Zahl der klassenbewußten Arbeiter vergrößern und auflären helfen, ohne eine schädliche Einwirkung am Platze geltend zu machen. Betreffs der Herbergsfrage habe er sich bei Stellung des Antrages von dem Gewissen leiten lassen und sei überzeugt, daß die Annahme seines Antrages von selbst eine Besserung des Herbergswesens im Gefolge haben und dazu drängen werde. Die nach diesem zur Verlesung gedruckte Abrechnung für September und Oktober wurde für richtig befunden und konnte man aus derselben entnehmen, daß die hiesigen Verbandsmitglieder sich nicht nur ihrer Rechte dem Verbandsgegenüber bewußt sind, sondern auch ihren Verpflichtungen nachkommen durch Zahlung der Beiträge und somit ein Vorgehen gegen Säumnisse zu den Seltenheiten gehört. Möge dieser gute Geist mehr und mehr Wurzel fassen unter den uns noch fernstehenden Arbeitern und diese zu der Gunst gelangen, daß sie ebenfalls berufen sind, an dem großen Werke zur Befreiung des Proletariats mitzuwirken, dann werden auch die Freithe nicht ausbleiben und trotz schwerer Kämpfe und Opfer wird und muß der Sieg dennoch unser werden. Darum auf, Kollegen, folgt unserem Rufe und tretet ein in unsere heiligsten Reihen, zeigt, daß Ihr eure traurige Lage erkannt habt, daß es aber auch an der Zeit ist, dem Proletariat, den Arbeitern ein donnerndes Wort entgegenzurufen und Ihr gewillt seid, mit uns zu kämpfen und zu siegen.

Mettmühlern. Am 19. November fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung im Lokale des Herrn Först in Wallingdorf statt. Bevor wir die Versammlung eröffnen, machte uns der zum ersten Male erschienene überwachende Beamte bekannt, daß die Versammlung nur bis 9 Uhr tagen dürfe, laut der dänischen Sabbathordnung, weshalb wir gezwungen waren, die Verhandlung so viel wie möglich zu beschränken. Nach Aufnahme neuer Mitglieder und Beitragsentrichtung wurde die Abrechnung für August vorgelesen, worauf zu Verschiedenem der Vorsitzende in Erwähnung brachte, daß wir die Versammlungen nicht mehr Sonnabends abhalten können und deshalb einen anderen Tag festzusetzen hätten; da aber die meisten Mitglieder nicht anwesend waren, wurde beschlossen, die Festsetzung der Versammlungssache in der nächsten Versammlung zu erledigen.

Schlosser u. Maschinenbauer.

Altona. Die Sektion der Schlosser und Maschinenbauer von Altona hielt am 29. November eine Mitgliederversammlung ab, in welcher der Kassierer die Abrechnung für September/Oktober vorlas, die ohne Debatte genehmigt wurde. Sodann hielt Genosse Blüth einen interessanten Vortrag über "Die Vorgeschichte der 1848er Bewegung", welcher mit Beifall aufgenommen wurde. Darauf folgte der Bericht vom Gewerkschaftskartell. Nachdem dieser erledigt wurde, da ein Delegierter sein Mandat niederlegte, eine Neuwahl vorgenommen. Bei Verschiedenem wurde ein Antrag, die Versammlungen nicht mehr im "Hamburger Echo" zu annoncieren, sondern durch Versammlungseinladungen, welche die Korrespondenten der Mitglieder zustellen sollen, bekannt zu machen, abgelehnt. Ferner wurde beschlossen, die Versammlung am 27. Dezember (3. Weihnachtstage) anfallen zu lassen. Nachdem noch Einiges über den Arbeitsnachweis besprochen wurde, erfolgte Schluss der Versammlung.

Leipzig. Am 3. Dezember fand im "Bayerischen Hof", Windmühlentrage, eine öffentliche Versammlung der Schlosser für Leipzig und Umgegend statt mit der Tagesordnung: Neuwahl eines Vertreters zum Verein Gewerkschaftskartell. Kollege Schütte als bisheriger Vertreter zum Gewerkschaftskartell konnte leider nur einen kurzen Bericht über die Thätigkeit des Gewerkschaftskartells geben, da er viel durch Krankheit gehindert war, den Versammlungen beiwohnen, und der andere ausführende Vertreter fehlte unentschuldig. Nach dem Bericht fand eine lebhafteste Diskussion statt. Die Kollegen waren zum Theil nicht zufrieden mit dem Gewerkschaftskartell, z. B. in Sachen des Auskunfts-Bureaus für gewerbliche Streitigkeiten. Es wurde ausgeführt, daß dieses Institut Sache für sich sei und nicht dem Gewerkschaftskartell unterliege. Andererseits wurde das Gewerkschaftskartell in Schutz genommen. Es sei dazu geschaffen worden, alles was zur gewerblichen Bewegung gehöre und daraus hervorgehe, zu regeln. Hierunter falle auch das Auskunfts-Bureau. Aber die bisherige Praxis bei der Auskunftsrichtung sei nicht die richtige gewesen, da auch nicht Organisirte Auskunft erhielten. Deswegen sei das Institut im Gewerkschaftskartell einer Kritik unterzogen worden. Hierauf führte ein Kollege an, daß organisirte Arbeiter überhaupt kein Auskunfts-Bureau brauchen; dem wurde aber von einem anderen Kollegen entgegengetreten. Sodann folgte die Wahl und wurde Kollege Meyner an Stelle des auscheidenden Vertreters gegen eine Stimme gewählt.

Feilenhauer.

Leidenschaftlicher. Der Zustand von Feilenhauern ist streng fernzuhalten! Näheres in nächster Nummer.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Es gehen jetzt vielfach Abrechnungen ein, auf denen die Zahl der eingegangenen Beiträge in gar keinem ordentlichen Verhältnisse zu den angegebenen Mitgliedern steht. Wir machen hierdurch bekannt, daß wir künftighin an solche Verwaltungenstellen nur so viele "Metallarbeiter-Zeitungen" senden lassen werden, wie sich nach den eingegangenen Beiträgen die durchschnittliche Mitgliederzahl annehmen läßt. Es werden also Verwaltungenstellen, die 40 Mitglieder auf der Abrechnung angeben, dagegen nur für 15 die Beiträge eingezogen haben, künftighin nur 15 Zeitungen erhalten.

Das Mitgliedsbuch Nr. 47314 des Schlossers Paul Meinhard, geb. 1. Mai 1869 zu Berlin wird hiemit für ungültig erklärt. Der Spengler Franz Kohnagel, geb. 26. Juli 1864 zu Redarau, wird auf Antrag der Verwaltungsverhältnisse Speyer a/Rh. nach § 3 Abs. 7a aus dem Verband ausgeschlossen. Der Former Jakob Schüpfel, geb. 22. Februar 1860 zu Westprism in Ungarn, ist aus dem Verband ausgetreten und ist,

da er durch sein Verhalten den Verband zu schädigen suchte, wie ein Ausgeschlossener zu betrachten, d. h. er darf nicht wieder aufgenommen werden.

Ebenso die Schmarbeiter Anton Biskoven, geb. zu Monheim am 11. Januar 1860, und Heinrich Grobberndt, geb. zu Diez am 11. August 1862, welche sich während ihrer Thätigkeit als Beobachtungs- und Kassier der Verwaltungsstelle Oblißs Veruntreuungen von Verbandsgeldern zu Schulden kommen ließen.

Da in letzter Zeit derartige Vorkommnisse sich gemehrt haben, haben wir überall da, wo eine Begleichung der Unregelmäßigkeiten nicht erlangt werden konnte, das Strafverfahren gegen die Betreffenden eingeleitet und werden auch künftighin in allen derartigen Fällen mit unerschütterlicher Strenge verfahren.

Sodann bringen wir hierdurch zur allgemeinen Kenntniss, daß laut Beschluß des Vorstandes und Ausschusses in der am 8. Januar ds. Jrs. gemeinsam abgehaltenen Sitzung die **Neuwahl der Ortsverwaltung alljährlich im Monat Januar** in Gemäßheit des § 14 Abs. 2 des Statuts stattzufinden hat.

Von den nachfolgenden Orten ist der Zugang der Arbeiter der benannten Verste fern zu halten: **Former von Götting a/Rh. u. Jahr 1/Baden, Feilenhauer von Hagen, Feilenhauer i. W., Ludwigshafen a/Rh., und Metallarbeiter aller Branchen von Solingen.**

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an die Adresse unseres Kassiers

Theodor Werner, Stuttgart, Schlosserstraße 21,1.

zu richten, und ist auf dem für Mittheilungen bestimmten Postabschnitt zu bemerken, ob das Geld überzwecktes Vermögen eines aufgelösten Vereines, Einschreibegeld, für Beiträge oder der Erlös für Extramarken, nonreprouktuelle, Delegirtensteuer oder Generalkommissionsmarken ist.

Mit kollegialem Gruß!
Der Vorstand.

Abrechnung der Hauptkasse pro November 1892.

Einnahme. Einschreibegeld und Beiträge. Alen 27,10. Vindach 25. Offenbach 100. Gildstadt 42,20. Gernsmühle 32. Sangerhausen 11,20. Ketersen 5,60. Greiz i. Vgl. 45. Jahr 32. Gelingen 62,80. Feidenheim 30,70. Nürnberg, Giedensieher 20. Jendorf 34,50. Schwabach 101,05. Neutlingen 21,28. Wegesack 18,70. Torgau 20. Hamburg, Gelnhieser 94,40. Durlach 50,10. Prenzlan 49,40. Witten 95,30. Offenbach, Schlosser 20,82. München, Feilenhauer 35,30. Nürnberg, Metallarbeiter 101,80. Chemnitz, Feilenhauer 41,80. Stettin 58,65. Weibert 90,80. Königsberg 39,75. Gimbüttel 19,30. Rostock 30. Breslau 50. Legnitz 10. Haynan 10. Gassen, Former 19,30. Forst 20. Colbitz 40. Grünberg 30. Altenburg 100. Roth am Sand 38,30. Rombach 35,30. Oberndorf 57,30. Sebaltsbrück 29,90. Kail b. Götting 25,80. Frankfurt a. M., Spengler 54,60. Kirchheim a. T. 21,90. Solingen 35,70. Bremen, Schlosser 12,95. Duedlinburg 63,15. Nürnberg, Feilenhauer 19,60. Nürnberg, Mechaniker 60. Altona, Schlosser 90,75. Legnitz 24,55. Hamburg, Schlosser 179,50. Rechenhausen 30,10. Bienenburg 23,90. Braunschweig, Schlosser 20. 396,90. Ebernforde 11,50. Erlangen 11,80. Altona, Feilenhauer 21,25. Wögned 13,70. Höchst a. M. 51,10. Reiz 27,46. Wehlar 19,80. Düsseldorf 100. Hannover 180. Wade v. Wald 39,30. Bremerhaven 17,01. Neumähnen 9,70. Nürnberg, Flächner 166,23. Götting 5. Stuttgart 117,82. Breck 20,10. Saalfeld 70. Tübingen 15,71. Garburg 161,84. Schalk 21,20. Gölzern 38,15. Reine 36,20. Barmbeck 47,40. Mühlhausen i. Th. 57,40. Frankenthal 31,60. Hildesheim 7,18. Mühlheim a. Rh. 24,20. Iphoe 20. Hienburg 55,70. Gmünd Sch. 19,90. Halberstadt 28,45. Graudenz 14,30. Kalkerslautern, Former 20. Pirna 38,60. Lübeck 100. Hagen 2,64. Pries 189,60. Leipzig (West) 100. Meisen 47,40. Radeberg 36,10. Glauchau 20,29. Solingen, Schlosser 11,60. Göttingen 20,85. Herford 50. Dresden-E. 292,36. Gera 25. Pirna 15,70. Altona, Klempner 55,40. Ratingen 22,50. Reudsburg 68,32. Leipzig (Oh) 60. Jena 26. Linden 182,69. Kiel 386,84. Wolfenbüttel 42,30. Brandenburg 90. Dessau 73,80. Straßburg i. E. 27,70. Mühlhausen 54,06. Schöningen 38,46. Barmen 14,80. Gießen, Spengler 18,10. Chemnitz 102. Färstentwalle 20. Offenbach 60. Gelle 42,50. Götting 24,80. Götting a. Rh., Feilenhauer 15,15. Leipzig (Nord) 135,70. Nürnberg, Former 217,20. Einzelmitglieder der Hauptkasse 230,85. Extramarken. Durlach 0,50. München, Feilenhauer 5,10. Rostock 0,20. Braun-

schweig, Schlosser 2. Wehlar 0,40. Tübingen 1,80. Hienburg 4,30. Gmünd, Sch. 0,80. Pirna 1,40. Kiel 8,70. Hildeswalle 3. Einzelmitglieder der Hauptkasse 4,30. Delegirtenmarken: Stettin 1,35. Königsberg 0,15. Duedlinburg 0,15. Braunschweig, Schlosser 20. 0,60. Düsseldorf 9,45. Reine 0,60. Döbeln 18,20. Herford 1,80. Kiel 1,20. Färstentwalle 0,15. Frankfurt a. M. 2,55. Gelle 2,70. Sonstige Einnahmen: Gerasmühle ein Ertragbuch 0,20. Sangerhausen vom früheren Feilenhauerverein 0,60. Offenbach, Schlosser (88 1/2 Prozent) 4,69. Stettin (88 1/2 Prozent) 80. Altwasser i. Schl. Ueberhuß von einer Versammlung 8,65. Striegau besgl. 4,90. Freiburg i. Schl. besgl. 5. Duedlinburg (88 1/2 Prozent) 14,15. Braunschweig, Schlosser 20. Sozialkasse 80. Garburg (88 1/2 Prozent) 89,08. Hamburg, Mechaniker vom aufgelösten Mechaniker-Verband 10. Radeberg (88 1/2 Prozent) 12. Linden, Zellerkassensammlung 8,86. Dessau, Ztg. von Nichtmitgliedern 0,80. Straßburg i. E., Ztg. von Nichtmitgl. 0,80. Zurückgezahlter Mitgliedschafts Prozeß gegen contra Stahl 15,38. Götting, Ztg. von Nichtmitgl. 1,95. Protokolle 0,80. Porto von Einzelmitgliedern 13,10. Summa: 7710,68.

Ausgabe. Defizit laut voriger Abrechnung 28,98. Zeitung 3458,85. Protokolle vom Frankfurter Kongreß 1088,50. Gehalt der Bureaubeamten und des Hilfsarbeiters 570. Bureaumiethe u. Bedienung 20. Druckarbeiten 377,10. Entschädigung an die Revisionskommission 24. Agitation 368,81. Stempel 45,11. Sachliche Ausgaben 82,15. Wanderunterstützung an Einzelmitglieder 19,30. Streifschulden nach Göttingen 100. Unterstützung nach § 2c 15. Porto 113. Zuschüsse an die Zahlstellen: Elm 50. Worms 30. Usherleben 50. Frankfurt a. M. 30. Neustadt 50. Nordhausen 50. Heilbrunn 60. Osnabrück 60. Gotha 40. Weidau 40. Kärnten 10. Mannheim 50. Bayreuth 60. Freiburg i. Br. 40. Breslau 50. Cassel 50. Jüba 50. Neu-Ruppin 50. Summa: 7187,25.

Bilance.

Einnahme 7710,68. Ausgabe 7187,25.

Kassenbestand 523,43.

Eingegangene Gelder für die ausgegebenen Marken der Generalkommission: Alfeld a. L. 5. Braunschweig, Schlosser 20. 0,50. Bremerhaven, Klempner 10. Bremerhaven 9,70. Döbeln 9,50. Dresden 82,50. Düsseldorf 6. Gelingen 2. Frankenthal 0,40. Frankfurt a. M. 7,70. Frankfurt a. M., Klempner 1,40. Färstentwalle 3,50. Halberstadt 0,50. Hienburg, Schlosser 4,50. Haynan 2. Garburg 8,30. Hildesheim 4,30. Iphoe 1,10. Jena 4. Kiel 7,70. Kirchheim u. T. 3,31. Künigsberg 1,10. Lahr 1,50. Leipzig (Nord) 6. Linden 11. Lüneburg 0,30. Wilsen 0,20. Mühlheim a. Rh. 2,90. München, Feilenhauer 0,40. Nürnberg, Feilenhauer 0,50. Oberndorf 2,70. Offenbach, Schlosser 6. Pognitz 6. Reine 4. Pirna 1,50. Pögnitz 0,10. Prenzlan 0,60. Duedlinburg 2,40. Pries 19. Ratingen 1,10. Rostock 0,70. Schmiegling-Doos 0,10. Schwabach 0,50. Staßfurt 2,40. Stettin 9. Torgau 0,20. Gießen, Spengler 0,40.

NB. Den Ordreverwaltungen bringen wir hiermit zur Kenntnissnahme, daß auf den Abrechnungen nur die von uns eingeführten Extramarken a 20 und 10 s aufzuführen und zu verrechnen sind. Der Betrag für Delegirten- oder Generalkommissionsmarken ist einfach unter genauer Angabe auf dem Postabschnitt: "Für Delegirten", "Generalkommissionsmarken" — "s" an die Hauptkasse einzufenden. Trotz mehrmaliger Wiederholung dieser Bekanntmachung geschieht sehr häufig das Gegentheil, wodurch uns eine Menge Zeit durch Nachschlagen in den Büchern verloren geht und eine Instandhaltung der Kassenbücher unmöglich ist. Wir bitten deshalb dringend, dies genau beachten zu wollen.
Der Vorstand.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S. 29).

Abrechnung der Hauptkasse pro November 1892.

Einnahme. Kassenbestand ultimo Oktober 221,464,47. Von Hagen 60. Altdorf 60. Altdorf-Neustadt-Plaggeburg 30. Altona 150. Ansbach 100. Arnbach 30. Usherleben 20. Aue b. Durlach 50. Augsburg 150. Alfeld 50. Bahenthal 20. Bayreuth 50. Benrath 50. Bergedorf 100. Berlin II 500. Berlin V 100. Berlin VII 200. Berlin IX 300. Bienenburg 30. Biebr 50. Bismarcker a. d. B. 100. Brandenburg a. d. S. 50. Braunschweig 1000. Breibow 60. Bremen 0,80. Bremerhaven 124. Budau Budau 200. Bünde 50,55. Caunpant 140. Cassel 100. Cassel 100. Chemnitz 200. Gornweiler 20. Dalldorf 50. Doos 100. Dorp 100. Dorp-Grünwald 100. Dresden-Neustadt 100. Eberstadt 97,74. Eichenheim 95. Eberbeck 50. Eufheim 100. Göttingen

100. Eifen 100. Eutingen 80. Eppendorf 50. Fehrenheim 100. Finkterwalle 30. Forchheim 50. Freising 100. Friedrichsdorf 75. Fulda 45. Geseindorf 100. Gerasmühl 100. Ginnheim 60. Glasbütte 41,88. Gleibitz 30. Gorbitz 100. Göttingen 150. Grevenbroich 140. Griesheim b. Darmstadt 84. Großenhain 50. Gsteinach 60. Gummersbach 50. Halle a. d. S. 300. Hamburg (Stadt) 300. Hamburg-St. Georg 300. Hanau 100. Hattersheim 160. Hebdernheim 100. Heilbrunn 60. Hilden 45. Hildesheim 20. Höchstberg 100. Ingolstadt 50. Jserlohn 19,55. Kiel 200. Kirchlinde 40. Kirchheim a. T. 20. Kleefeld 60. Klein-Ottersleben 100. Königsberg 100. Konstantz 82. Landsberg a. d. W. 50. Laubegaitz 60. Lindenthal 157,43. Lollar 40. Silbenscheld 100. Mannheim 300. Mannheim-Lindenhof 100. Mannheim-Neckar-Verstadt 100. Marburg 100. Marten 200. Memel 55,11. Merseburg 50. Mittweida 50. Mühlhausen i. Th. 147,83. Nordhausen 30. Neuenbürg 30. Neustadt a. d. S. 37,59. Nieder-Zingelheim 60. Niederschweide 50. Niederursel 30. Nippes 50. Neu-Jenburg 50. Oberndorf a. M. 97,45. Oberlein 44,47. Oberursel 65,63. Pognitz 56,47. Plauen i. Dresden 50. Pirna 58,22. Rabenau 60. Radebeul 100. Reichenbach 120. Rehdorf 30. Ritzdorf 100. Rodentkirchen 50. Sachsenhausen 200. Schilfbeck 50. Schlade 50. Schleswig 70. Schützenbach 70. Schwanbruch 91,95. Schöneberg 70. Schwanheim 100. Steinbeck 44,95. Stollberg i. Sachsen 26,55. Stitt-Koppel 11,23. Straßburg 56. Stralburg 100. Striegau 80,83. Tegel 150. Troisdorf 82. Torgelow 36,40. Weidell 106,93. Wogelsang 40. Waldsack 30. Weheleben 100. Welsenau 55. Weiz 100. Weissenburg 150. Westerrhien 80. Wismar 105,20. Witten 50. Würzburg 100. Zeulenroda 47. Beiträge von einzelnen Mitgliedern 472,63. Abgordnensteuer 1,40. Zurückgezahlt von Berufsgenossenschaften und Arbeitgebern 162,67. Jährliche Miete vom Vulkan 150. Jährliche Miete von E. Buntentz 150. Bergstättung an Porto 18,20. Sonstige Einnahmen 4,67. Summa 235 981,32.

Ausgabe. Nach Amberg 50. Altona 150. Attenborn 50. Bamberg 50. Benrath 70. Berlin I 200. Berlin VI 500. Biebr 100. Bochum 250. Bozenheim 200. Bornheim 200. Breslau 200. Bröhlgen 50. Busch-Weierheim 40. Burg b. Magdeburg 100. Charlottenburg 150. Darmstadt 100. Derendorf 268,70. Deuben 100. Dillfeldorf 50. Durlach 100. Eichenheim 50. Eberfeld 100. Götting 100. Eller 100. Gelingen 80. Gaurndau 30. Friedberg 75. Geseinsunde 50. Gießen 200. Grotzsch 50. Groß-Buchholz 100. Herford 20. Höchst a. M. 75. Hörde 100. Jendorf 100. Linden 150. Lötstau 200. Lößnitz 100. Mühlburg 300. München-Stadbach 40. Neue Neustadt-Plaggeburg 50. Oberhausen 150. Pieschan 300. Prenzlan 40. Rath 75. Ritzdorf 100. Rührort 50. Sterkrade 50. Schwanbruch 100. Schwabach 50. Seddenheim 60. Sudenburg 200. Tegel 100. Wehlar 75. Waldbüttelbrunn 50. Weizhaus 100. Krankengeld an: A. Bruns, Göttingen 10,05. H. Gebhard, Steinbach 56,40. G. Haupt, Götting 42,30. H. Hornung, Wölkersfelder 18,80. H. Hoffmann, Straßburg 10,05. G. Jakob, Lempey 72,85. F. Kempf, Braunschweig 5,35. H. Krack, Marbora 28,20. F. Bärbersmeyer, Rotenburg 54,05. C. Roth, Friedrichsode 21,80. F. Nijcke, Glauchau 5,35. H. Schubert, Barstade 70,50. A. Sengenbusch, Stegemühl, 39,95. H. Schütz, Straßburg 5,35. H. Tesch, Neubauer 24,15. W. Zinke, Weitenhof 71,15. A. Zueck, Oberkassel 57,40. Kur- und Werpflegungskosten für: F. Hegg, Weim 12,40. W. Meimann, Gulin 12,80. Für ärztliche Behandlung 5,90. Für Arznei 4. Gehälter an die Beamten der Hauptverwaltung 645. Vergütung an die Revisionskommission 86,90. An den 2. Vorsitzenden für eine Reise nach Bremen 15,07. Unweltskosten 37,50. Jährliche Miete 250. Beitrag zu den Kosten der Verstatistik 89. Druckfachen 1087. Porto, Schreibmaterial u. s. w. 205,82. Summa 9528,48.

Bilance.

Einnahme 235 981,32. Ausgabe 9 528,48.

Kassenbestand 226 457,89. Die Ordrebeamten werden wiederholt, und jetzt bei Jahresabschluss ganz besonders, darauf aufmerksam gemacht, daß in der zweimonatlichen Abrechnung nur die Geldsendungen als an die Hauptkasse geschickt, oder als von der Hauptkasse erhalten, verrechnet werden dürfen, die in den betreffenden beiden Monaten auch wirklich erfolgt sind. Gelder, die also am 1. Januar oder später abgehandelt werden, dürfen nicht mehr in der November-Dezember-Abrechnung verrechnet werden, sondern erst in der Januar-Februar-Abrechnung. Auch bitte ich, die Abrechnung nicht mit einem Defizit abzuschließen, sondern lieber rechtzeitig um Zuschuß zu schreiben, damit auch ich denselben noch in diesem Jahre absenden kann.

Sodann erlaube ich mit der Einfindung der November-Dezember-Abrechnung nicht bis zum 15. Januar zu warten, sondern die Aufstellung sogleich nach Jahreschluss vorzunehmen, damit auch die Jahresabrechnung fröhlich genügt fertig gestellt werden kann.

C. Wutenuth, Hauptkassier.

Zentral-Franken- u. Sterbekasse der Metall-Arbeiter „Pulka“ (G. S. 89).

Abrechnung von der Hauptkasse pro November 1892.

Einnahme. Kassenbestand ultimo Oktober 4881,03. Von Alte Neustadt-Magdeburg 80. Augsburg 150. Böhenthal 30. Weirath 50. Berlin III 75. Berlin V 100. Bockdorf 100. Brackweide 100. Breslau 200. Bromberg 60. Bruchsal 45. Buchau 200. Chemnitz 100. Ebla a. d. H. 50. Darmstadt 100. Dautorf 50. Dessau 60. Dietrichsdorf 200. Dresden-Neustadt 100. Duisburg 100. Eßfeld 40. Eßlingen 80. Ehrenfeld 50. Eßing 100. Eßleben 250. Eßlingen 50. Eßen 100. Fernerleben 100. Flensburg 60. Frankfurt 100. Fulda 90. Gaarden 200. Geilenberg 40. Gerresheim 75. Gläsa 60. Griesheim a. M. 70. Hamur a. d. B. 200. Heerdt 60. Helmstedt 11,55. Hochfeldt 100. Kaiserlautern 200. Kappel 50. Kiel 200. Kirchhude 90. Kleeberg 50. Königsberg i. Pr. 150. Laar 100. Lumbach 40. Linden 150. Mittweide 80. Montigny 60. Mühlberg 50. Neuwied 100. Niederhainweide 100. Nommes-Neuen-dorf 50. Noll 80. Norderstedt 50,01. Raitingen 80. Ravensburg 60. Riedorf 50. Ruhrodt 50. Saarbrücken 100. Salzte 50. Schiffbed 50. Schlader 28,70. Schönbühl 20. Schöneberg 30. Selbde 90. Siegen 100. Steglitz 100. Sterdeck 50. Sudenburg 100. Tegel 100. Tempelhof 50. Thale 200. Trosdorf 54. Unterbach 90. Westerhüsen 100. Welter a. Ruhr 60. Wilhelmshaven 240. Winnweiler 150. Wittgen 100. Würzburg 250. Zinndorf 88,76. Beiträge einzelner Mitglieder, Vergütung an Porto und sonstige Einnahme 93,25. Summa: 12,481,30.

Ausgabe. Nach Altenhagen 80. Frankfurt a. D. 80. Halberstadt 75. Hamburg-St. Georg 130. Hanau 100. Herford 75. Hörde 200. Iphoe 80. Ißit 100. Kehl 90. Mühlheim (Ruhr) 100. Nemscheid 200. Neutlingen 100. Nöydt 50. Rothenthalb 60. Steele 150. Styring 100. Krankengeld an: Th. Wolmann, Hamburg 59,20. G. Meyer, Kaiserwerth 25. G. Hilten, Höfenberg 7,40. F. Mische, Glaucha 3,70. H. Schedel, Leipzig-Plagwitz 9,60. Sterbegeld für G. Helten, Höfenberg 100. Gehalt an die Besanten 410. Halbjährliche Bureauarbeit 150. In Sachen Bankstahl-Rheine auf dem Landgericht deponirt 200. Kostenvorschuß in Sachen Bankstahl 11,10. Alters- und Invalidenversicherung 1,20. Abonnement der „Metallarbeiter-Zeitung“ 92. Porto und sonstige Ausgaben 51,17. Sa.: 12,481,30.

Einnahme 12,481,30.

Ausgabe 12,481,30.

Kassenbestand 12,481,30.

R. Wicenz, Hauptkassier.

An die Metallarbeiter von Rheinland und Westfalen. (Agitationsbezirk Essen a. Ruhr.)

Den Kollegen zur Nachricht, daß sich in Essen a. Ruhr das Agitationskomitee konstituierte. Alle Zuschriften sind zu richten an den Obmann des Komitees

Paul Anke, Essen a. Ruhr,

Kopitadittr. 3.

An die sächsischen Einzelmitglieder des Deutschen Metall-Arbeiter-Verbandes.

Diejenigen Kollegen, die an den Weihnachtsfeiertagen nach solchen Orten reisen unternehmen, an welchen noch keine Mitglieder von unserem Verbande sich befinden, werden hiermit aufgefordert, dabeizustimmen, ev. Adressen an uns gelangen zu lassen, damit wir uns mit den dortigen Kollegen in Verbindung setzen können.

Das Agitationskomitee sächsischer Metallarbeiter.

S. A.: Robert Krause, Chemnitz,

Mudolbühlstraße 21.

Die Nähnadel-Fabrikation.

Jetzt läßt es Niemand mehr für nötig, sich nach einer im Schutze liegenden Nähnadel zu bücken, weil sie überall und zu überraschend billigen Preise zu haben ist. Wie viele Hände muß aber erst das Stückchen Eisen- oder Stahlradt durchlaufen, ehe es in Nähnadeln verwandelt wird! Im Laufe der letzten 10 Jahre ist die frühere sehr mühsame Handarbeit fast vollständig durch sinnreiche und überraschend genau arbeitende

Maschinen verdrängt worden; jetzt bunte durch die Herstellung von der Hand keine Familie mehr leben.

Der Eisen- oder Stahlradt wird so fein ausgezogen, wie es die Stärke der verschiedenen Nadelarten verlangt, im Schleifprozeß büßen sie von ihrer Dicke wenig ein; der ausgezogene Draht wird in den Drahtziehereien auf meist achtarmigen Gaspeln nach Art des Garnes aufgewickelt und erst vor beginnender Verarbeitung gerade gestreckt. Hierauf folgt das Schneiden in bestimmte Längen, die Schäfte genannt, die die doppelte Länge der künftigen Nadeln haben und genau gerade gerichtet werden müssen. Das geschieht wie folgt: 3000, ja 6000 oder 8000 Schäfte werden in einem Bündel vereinigt. Aber das zwei eiserne Ringe kommen, worauf ein schwaches Ausgüßgen folgt, damit das Metall etwas erweicht; das Bündel kommt unter die Nähnadelmaschine, die in der Hauptsache aus zwei hin- und hergehenden Stahlplatten besteht und, stark belastet, die Drähte genau richtet. Früher fand das Nichten auf einer Holzbank statt und erforderte viel mehr Zeit.

Die Schäfte wandern dann in die Schleiferei, wo sie auf beiden Enden zugespitzt und in der Mitte durchschnitten werden. Das Bohren oder die Durchstechung des Drahtes ist die nächstfolgende Vornahme und eine mühsame Arbeit; wer keine leichte Hand hat und nicht über das Fränkeln Geduld verfügt, der eignet sich nicht als Bohrer. Die Schäfte wandern dann in die Nähnadelmaschine auf einen kleinen Amboss und erhalten hier durch einen einwirkenden gefornen Hammer einige leichte Schläge von Hand, die den Draht eine Weigheit abflachen. Durch die Schläge härtet sich der Draht in nicht gewünschter Weise von selbst an den Drehenden, weshalb eine abermalige Ausgüßung folgt, und zwar wieder in Bündeln von 3 bis 10,000 Stück. Das Einschlagen des Drahtes geschieht durch stählerne Stifte auf vorgelagerten Unterlagen von Ständerhand, was aber immer mehr verschwindet, da besonders Loh- oder Durchschleifmaschinen hierfür konstruiert sind, die eine erstaunliche Leistungsfähigkeit besitzen und verschwindend wenig Druck liefern.

Die nächste Arbeit ist das Runden oder Wippen der Drehe, nämlich die Abrundung aller Stanten durch äußerst fein gehauene kleine Felten, worauf der wichtige Prozeß des Härtens beginnt, und zwar härtet sich die aus Stahlradt angefertigten Nadeln weit leichter als die aus Eisenradt. Die Nadeln kommen in blecherne Wannen, wo sie so lange gerüttelt werden, bis sie alle gleich liegen; dann kommen sie auf Eisenblechschleber in den Ofen. Sind sie schwach rothglühend, so wirft man sie mit starker Bewegung in abgekühltes kaltes Wasser. Mehr Umstände machen die Eisenradtnadeln; sie kommen, mit Holzschleber und Kohlenstaub vermengt, in ein Gefäß, in dem sie erhitzt werden; nach Ablauf von 12-24 Stunden kommt das Gefäß aus dem Ofen und wird der Inhalt dann in kaltes Wasser geworfen. Wird ein Gemenge von geraspelten Ochsenhaaren, Gierschalen und Ruz verwendet und der Topf mit Scham luftdicht vor dem Schließen abgeschlossen, so genügt eine 8-10tägige Erhitzung.

Um den Nadeln die angenommene Sprödigkeit zu nehmen, sie also elastischer zu machen, werden sie nach dem Trocknen auf Eisenplatten soweit erhitzt, bis sie violett erkaufen. Dann beginnt die mühsame Arbeit des Scheuerns mittelst Schmirgel und Nüßöl in einer besonderen Maschine, die unseren Mangeln ähnelt und ebenso arbeitet. Nach dieser Vornahme sind die Nadeln zur üblichen Verpackung fertig.

Vermisches.

Gewerbegericht in Jessen. Unter welchen Umständen die Errichtung eines Gewerbegerichts auch auf Grund des neuen deutschen Gesetzes noch vor sich geht, zeigen folgende Vorgänge im Großherzogthum Hessen. Die Arbeiter der Stadt Gießen hatten im März d. J. bei der Bürgermeisterei den Antrag auf Errichtung eines Gewerbegerichts gestellt. Die Stadtverordnetenversammlung gab dem Gesuchen nach einigem Zögern statt, anberaht aber den Antrag dahin ab, daß anstatt eines Gewerbegerichts für Gießen ein solches gemeinschaftlich für den Amtsgerichtsbezirk Gießen errichtet werden sollte. Das großherzogliche Kreisamt, welchem der Antrag der Stadt zunächst unterbreitet wurde, ließ in der in Betracht kommenden Gemeinden Erhebungen darüber anstellen, wie weit in denselben die Nothwendigkeit zur Auftragung von Gewerbegerichtsstellen vor einem Gewerbegericht anerkannt würde. Das Ergebnis dieser Erhebungen war, daß nur aus vier Gemeinden zustimmende Erklärungen einliefen. In Folge dieses für ein gemeinsames Gewerbegericht ungünstigen Ergebnisses hat das Kreisamt weitere Schritte nicht zu unternehmen erklärt, es vielmehr dem hiesigen Stadtvorstand anheimgelassen, ein Gewerbegericht für den Stadtbezirk zu

errichten. In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde dann endlich beschloffen, für den Stadtbezirk Gießen ein Gewerbegericht zu errichten. Hätte das Reichsgesetz vom Jahre 1890 die Gewerbegerichte obligatorisch mindestens für Städte mit über 10,000 Einwohnern gemacht, so wären alle diese bürokratischen Weiterungen erspart worden.

Berggewerbegericht für das Großherzogthum Braunschweig. Während in Preußen die Errichtung der von der Regierung in Aussicht genommenen Berggewerbegerichte merkwürdig lange auf sich warten läßt, hat das braunschweigische Staatsministerium am 27. Oktober bereits die nöthigen Anordnungen für Errichtung eines Berggewerbegerichts für die Braunkohlengruben des Herzogthums erlassen. Es erschien zweckmäßig, das Berggewerbegericht zunächst nur für die Braunkohlengruben einzurichten, weil die Arbeiter der Erzgruben von den in den zugehörigen Hüttenwerken beschäftigten Arbeitern nicht wohl zu trennen sind, eine Ausdehnung des Berggewerbegerichts auf die Hütten aber nach dem Gesetze nicht zulässig ist. Das Berggewerbegericht für die Braunkohlengruben wird am 1. Januar 1893 ins Leben treten; es wird seinen Sitz in Helmstedt haben, in dessen Nähe die sämtlichen im Bezirke stehenden Braunkohlengruben liegen, damit es den rechtlich suchenden Bergleuten erspart bleibt, weite Wege bis zum Sitze des Gerichts zurückzulegen. Das Gericht wird zusammengesetzt aus einem vom großherzoglichen Staatsministerium zu ernennenden Vorsitzenden und dessen Stellvertreter und aus zwölf Beisitzern, welche theils von den Arbeitern, theils von den Unternehmern gewählt werden. Zu jeder Sitzung des Gerichts, welche je nach Bedürfnis anberaumt wird, werden vom Vorsitzenden zwei Beisitzer, ein Unternehmer und ein Arbeiter, eingeladen, welche für Selbstverständnis eine Entschädigung erhalten. Die Verhandlungen sind öffentlich; Gebühren werden nicht erhoben. Eine weitere Aufgabe ist dem Berggewerbegericht nach dem Gesetz zugewiesen, daß es bei Streitigkeiten, welche zwischen Unternehmern und Arbeitern über die Bedingungen der Fortsetzung oder der Wiederaufnahme des Arbeitsverhältnisses entstehen, als Einigungsamt angerufen werden kann.

Zur Frage der Vertheilung des Arbeitsvertrages. Nach dem Bericht des englischen Handelsministeriums betrug in Großbritannien und Irland der Ertrag der Arbeit 27,600,000,000 Mk. Die Arbeiter erhielten an Lohn nur beinahe 7,000,000,000 Mk. Die übrigen 20,600,000,000 Mk. fielen den Kapitalisten in die Tasche, weil sie so gnädig waren, die Arbeiter mit den Maschinen und Werkzeugen arbeiten zu lassen. Die Lohnsklaverei ist für die Kapitalisten weit ertragreicher, als die wirkliche Sklaverei, als Eigenschaft und Hörigkeit.

In einer zahlreich besuchten Versammlung des Bundes der Eisen- und Metallarbeiter in Stockholm am 14. November suchte der Verbandsmann des Bundes, Björkman, aus gesammelten statistischen Angaben nachzuweisen, daß seit Einführung der Schutzzölle der Lohn der Metallarbeiter nicht im geringsten gestiegen sei, sondern wie seit vielen Jahren nur durchschnittlich 23 Dore für die Stunde betrage. Der Ertrag für die Lebensmittelpreise in Form höherer Arbeitslöhne sei also nicht eingetreten. Als kluges Mittel, eine Verbesserung herbeizuführen, wurde von allen Rednern die Organisation der Metallarbeiter empfohlen.

Litterarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart J. H. W. Dieck' Verlag) ist soeben das 11. Heft des 11. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Ueber Geschäfts- und Prinzipblätter. — Die bürgerliche Kunst und die besitzlosen Klassen. — Die Produktivgenossenschaften in England. — Das nahende Ende des landwirthschaftlichen Großbetriebes. Von Dr. Rudolf Meyer. (Fortsetzung.) — Feiner aus der Clique. Von Lothar Bitter. — Notizen: Eine Reminiscenz. Die Produktivgenossenschaften nach Dr. Grüger. Die Maschine im Bergwerk. — Feuilleton: Kunde von Wipendee. Einige Kapitel aus einem utopischen Roman von William Morris. (Fortsetzung.)

Sozialpolitisches Zentralblatt (herausgegeben von Dr. Heinrich Braun, Verlag von J. Guttentag in Berlin). Aus dem Inhalt der Nummer 10 heben wir hervor: Zum Entwurf eines deutschen Auswanderungsgesetzes. Von Dr. Max Duard. — Sozialpolitik und Staatsrecht. Von Dr. Rudolf Bräker. — Landwirthschaftlicher Kredit und städtische Lebensmittellieferung in Frankreich. — Der Londoner Grassackratsch und öffentliche Bauten. — Die Arbeitslosenstatistik und der Vorwärts. Von Dr. Ernst Lange. — Zur geschichtlichen Stellung der Berufsvereine in Deutschland. — Modifikation des französischen Gewerkschaftsgesetzes.

Arbeiter als Gegner der Arbeitszeitregulierung. — Lohnbewegung der Mailänder Buchdrucker. — Ausstand in New-Orleans. Der Jahreskongreß der amerikanischen Arbeiter der Welt. — Der Ausstand in Housatuck. — Zu den Bestrebungen der Handwerker in Deutschland. — Gewerkschaften und Gewerbevereine. — Arbeitsvermittlung im Handwerk. — Zur Sonntagruhe in Deutschland. Gesegentwurf, betr. den Schutz der Frauen in Frankreich. — Unfallversicherung der österreichischen Eisenbahnen. — Ein Reichsgesetz, betr. die deutsche Krankenversicherung. — Invalidenverhältnisse preussischer und österreichischer Bergarbeiter. — Berggewerbegericht für das Großherzogthum Braunschweig. — Gewerbegericht in Jessen. — Bau von Arbeiterwohnungen aus Mitteln der Alters- und Invalidenversicherung. — Wohnungsverhältnisse in Darmstadt. — Städtische Verordnungen gegen Wohnungsmißstände in Verdiers. — Rosenfeld, Dr. Wilhelm, Entwicklung und Stand der Arbeiterfrage in gemeindefähiger Darstellung.

Spiegel auf Reisen. Ein neues Gesellschaftsspiel. Bericht von G. Baake, Berlin S., City-Passage. Preis 75 P. — Wer kennt ihn nicht, den pflichtgetreuen Gesellschaftsspieler, dessen Name mit unergänzlichen Lettern in die Gesichtstafeln unserer Partei eingegraben ist? Der Begriff „Spiegel“ ist in den weltweiten Kreisen der Arbeiter so bekannt geworden, daß wir es als einen recht glücklichen Gedanken bezeichnen müssen, die halb komische, halb omnibuse Figur des „Spiegels“ den Parteigenossen in Form eines Spieles vorzuführen, das in den Feiernstunden des Winters zur Unterhaltung und Befähigung von Jung und Alt das Seinige beitragen wird. Das arbeitende Volk hat so wenig Gelegenheit zur Unterhaltung — mag auch einmal Herr Spiegel die Kosten derselben tragen! — Das Spiel selbst stellt sich als ein Würfelspiel dar, das von beliebig vielen Personen auf einem 60 Felder zählenden Spielplan gespielt wird. Spiegel will den Parteilands konfiszieren, die Genossen suchen ihm zuzukommen, daraus entwickelt sich eine wilde Jagd über die 60 Felder des Plans; wer zuerst auf Feld 60 kommt, ist Sieger. Von den bunten farbigen Feldern des Plans ist ein großer Theil mit wahrhaft künstlerischen höchst bedeutungsvollen Bildern versehen, wir nennen nur einige der Ueberschriften als: Wirtschaft in Blycott, Sommerfeste für rentirende Staatsbürger, eine „Ferienkolonie“, Mafseer, Station Friedbergstraße, Station Bozum, König Maximus Reich, eine Tauselaustreibung, beim darübenden Schnapsbrenner, Berliner Weltausstellung u. s. w. Doch wir verrothen nicht zu viel, um den Genossen die angenehme Uebersetzung nicht zu verderben. Die Ausstattung ist vorzüglich. Karten, Würfel, Beschreibungen, Spielregeln, alles ist vorhanden. Und so mag denn auch einmal im Familienkreise des arbeitenden Volkes fröhliches Festtagsleben einkehren, wenn's auch kein anderer ist, über den gedacht wird, als... „Herr Spiegel auf Reisen“.

Sterbe-Tafel

Allgemeinen Kranken- und Sterbe-Kasse der Metallarbeiter.

- Nr. 2569. Heinrich Ring, Schlosser, geb. 16. Februar 1838, gest. 27. Okt. 1892 an Magenkrebs in Karlsruhe.
- 33706. Frau Harwaldt, Schlosser, geb. 16. Juni 1856, gest. 2. Juli 1892 an Ergüssen in Berlin 7.
- 17696. Wilhelm Bräuer, Schlosser, geb. 7. Nov. 1854, gest. 29. Okt. 1892 an Gichtschmerz in Fürth.
- 22798. August Jabel, Former, geb. 31. Okt. 1857, gest. 4. November 1892 an Herzfehler in Halle a/S.
- 995. Ernst Gottlieb Wintler, Sticker, geb. 15. August 1849, gest. 27. Oktober 1892 an Augen- und Kehlkopfkatarrh in Dresden-Alstadt.
- 22558. Hubert Kanner, Fabrikarbeiter, geb. 23. Febr. 1861, gest. 3. Nov. 1892 an Augenkatarrh in Elberfeld.
- 2460a. Reinhold Gräben, Arbeiter, geb. 18. Okt. 1847, gest. 10. Nov. 1892 an Entzündung in Tegel.
- 31387. Hans Olsen, Former, geb. 31. Aug. 1867, gest. 24. August 1892 an Augenkatarrh in Lindenhof.
- 12688. Alexander Giese, Säger, geb. 15. Febr. 1845, gest. 9. Nov. 1892 an Augenkatarrh in Mühlburg.
- 16733. Carl Gustav Helmig, Schmied, geb. 15. Sept. 1852, gest. 2. Sept. 1892 an Augenentzündung in Dresden-Alstadt.
- 34859. Gustav Koch, Metallarbeiter, geb. 8. Okt. 1852, gest. 8. Nov. 1892 an Herzfehler in Berlin 8.
- 17612. Louis Boose, Former, geb. 9. Sept. 1843, gest. 6. Okt. 1892 an Hausfestsitzung in Hammel.

